

# Sozialismus

## oder Barbarei

Zeitschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen Nr. 20 1 Euro

**„Wir zahlen nicht für ihre Krise!“**



### **Inhalt:**

**Es ist ihre Krise! Schluss mit Opfern und Verzicht! - Organisieren wir den Kampf für eine andere Welt! - 30 Jahre nach der „Islamischen Revolution“ im Iran – Bittere Lehren der Geschichte -Großbritannien: Streiks in der Bau- und Energiebranche – eine erste Antwort auf die Wirtschaftskrise - Unite or Divide? Der Nationalismus und die Gewerkschaften - Frankreich: Die Wut der Arbeiter wächst -Klassenbewusstsein und revolutionäre Organisation - Die Italienische Kommunistische Linke – Ein kurzer Abriss über ihre Entstehung und Entwicklung - Wer wir sind: Thesen der Allianz Revolutionärer Sozialisten (Russland) - Requiem auf die Verstaatlichung - Griechenland: Brief eines anarchistischen Genossen**

<b>Inhalt:</b>	<b>Seite</b>
<b>Es ist ihre Krise! Schluss mit Opfern und Verzicht!</b>	<b>3</b>
<b>Organisieren wir den Kampf für eine andere Welt!</b>	
<b>30 Jahre nach der „Islamischen Revolution“ im Iran – Bittere Lehren der Geschichte</b>	<b>4</b>
<b>Großbritannien: Streiks in der Bau- und Energiebranche – eine erste Antwort auf die Wirtschaftskrise</b>	<b>5</b>
<b>Unite or Divide? Der Nationalismus und die Gewerkschaften</b>	<b>7</b>
<b>Frankreich: Die Wut der Arbeiter wächst</b>	<b>8</b>
<b>Klassenbewusstsein und revolutionäre Organisation</b>	<b>9</b>
<b>Die Italienische Kommunistische Linke – Ein kurzer Abriss über ihre Entstehung und Entwicklung</b>	<b>13</b>
<b>Wer wir sind: Thesen der Allianz Revolutionärer Sozialisten (Russland)</b>	<b>17</b>
<b>Requiem auf die Verstaatlichung (Allianz Revolutionärer Sozialisten)</b>	<b>18</b>
<b>Griechenland: Brief eines anarchistischen Genossen</b>	<b>24</b>

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der EmpfängerIn persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

### **Du kannst *Sozialismus oder Barbarei* abonnieren**

**(12 Euro für 4 Ausgaben, Porto incl./Auslandsabo: 20 Euro)**

**Kontakt zur GIS:** GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin,

**e-mail:** [gis@ibrp.org](mailto:gis@ibrp.org)

**www.gis.de.vu**

V.i.S.d.P Petra Schneider, Albstr. 17, Steinheim

### **Wer wir sind:**

Die **Gruppe Internationaler SozialistInnen** ist ein marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil des **Internationalen Büros für die revolutionäre Partei (IBRP)**, einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen, dessen Ziel es ist durch politische Klärung, Diskussionen und Interventionen einen Beitrag für den Aufbau einer neuen kommunistischen Weltpartei zu leisten. Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt zu treten und aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

### **Kontakte zum IBRP:**

Britannien:

**Communist Workers` Organisation**  
BM CWO, London WC1N 3XX

Italien:

**Partito Comunista Internazionale – Battaglia Comunista**  
CP 1753, 20101, Milano, Italia

Kanada / USA:

**Internationalist Workers Group / Groupe Internationaliste Ouvrier**  
R.S. CP. 173, Succ.C, Montreal, Quebec, Canada  
H2L 4K1  
PO BOX 14173, Madison, WI 53708 – 0173, USA

Frankreich:

**Bilan & Perspectives**  
BP 45, 13266, Marseille, Cedex 08, France

BRD:

**Gruppe Internationaler SozialistInnen**  
GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

Website des **IBRP:** [www.ibrp.org](http://www.ibrp.org)

Website der **GIS:** [www.gis.de.vu](http://www.gis.de.vu)

# **Es ist ihre Krise! Schluss mit Opfern und Verzicht!**

## **Organisieren wir den Kampf für eine andere Welt!**

Der diesjährige Erste Mai steht im Zeichen einer dramatischen Krise für die Arbeiterklasse.

Innerhalb von nur drei Monaten haben weltweit 50 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. In den USA sind 32,2 Millionen Menschen, d.h. mehr als 10% der Bevölkerung, auf den Erhalt von Lebensmittelkarten angewiesen. Dies ist nicht einfach nur eine weitere Krise des deregulierten Kapitalismus, sondern die tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist in der Finanzsphäre ausgebrochen und hat nun überwältigende Auswirkungen auf die sog. „Realwirtschaft“, wo sie auch praktisch ihre Wurzeln hat. Faktisch haben die Kapitalisten während der letzten 30 Jahre auf zwei Wegen versucht dem tendenziellen Fall der Profitrate zu begegnen:

Auf der einen Seite haben sie sich massiv der Finanzspekulation zugewandt - nicht nur um Geld zu machen, sondern auch von der absurden Hoffnung getrieben, das Gespenst der Krise vertreiben zu können, indem man statt der Produktion konkreter Waren in die Finanztrickkiste greift. Auf der anderen Seite haben sie die Ausbeutung der Arbeiterklasse extrem verschärft. Das weltweite Proletariat wurde einem Unterbietungswettbewerb ausgesetzt, der auch jene hoch qualifizierten Segmente der Klasse erfasst hat, die einstmalig glaubten von den schlimmsten Angriffen des Kapitalismus verschont zu bleiben.

### **Opfer und Verzicht werden keine Arbeitsplätze retten**

Nun werden auch in den kapitalistischen Metropolen Arbeitsplätze verlagert oder abgebaut, Löhne gekürzt und die Arbeitszeit verlängert. Dort wo sie bisher existierten werden die sozialen Sicherungssysteme ausgeplündert. Nirgendwo gibt es mehr eine Arbeitsplatzgarantie. Die Arbeitsverhältnisse werden dereguliert, um die Arbeiterklasse in dieser auf Konkurrenz basierenden Gesellschaft in noch stärkerem Maße dem Streben nach Profit zu unterwerfen. Doch dies wird die unvermeidlichen und dramatischen Auswirkungen der Krise weder abmildern noch verhindern. Millionen von Menschen haben bereits ihr Haus oder ihre Wohnung verloren. Weitere sind in Gefahr obdachlos zu werden. Unter dem Druck der um sich greifenden Arbeitslosigkeit müssen Millionen Menschen gegen ihren Willen in illegalen oder prekären Teilzeitjobs arbeiten. Das dramatische Sinken des Lohnniveaus wird von einschneidenden Kürzungen der Sozialleistungen begleitet. Hunger oder die Angst nicht mehr bis zum Ende des Monats überleben zu können sind längst nicht mehr „nur“ Probleme der sog. „Entwicklungsländer“. Während die Regierungen den Unternehmen und Konzernen Mengen an Geld in den Rachen schmeißen, werden die Arbeiter und armen Schichten der Gesellschaft nur mit den minimalsten Brotkrumen abgespeist, die notwendig sind um einen Ausbruch des proletarischen Klassenkampfes zu verhindern. Dieser ist bis heute ausgeblieben.

### **Gewerkschaften und Reformisten gegen die Arbeiterklasse**

Die einst starken Bollwerke der Arbeiterklasse sind durch die harten Angriffe der letzten Jahre grundlegend geschliffen worden. Durch die hartnäckige ideologische Kampagne, nach der es keine Alternative zum Kapitalismus gäbe, wurden viele Arbeiter desorientiert. In den Metropolen wurden sie während der Jahrzehnte des Konsumismus eingenebelt und letztendlich von Gewerkschaften im Sinne der Bosse betäubt. Als Folge dessen hat es, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine adäquate Reaktion der Arbeiterklasse auf die Angriffe gegeben. Obwohl sie vorgeben eine Alternative zu sein, hat sich die Unfähigkeit der Gewerkschaften die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern mehr als bestätigt. Die Gewerkschaften setzten den Angriffen der Bosse und Regierungen nicht einmal Widerstand entgegen, weil sie die Spielregeln des Klassengegners in letzter Konsequenz akzeptieren. Das gleiche trifft auf das gesamte Spektrum des radikalen Reformismus innerhalb und außerhalb der Parlamente zu, sei es nun Socialist Worker oder Respect in England, die Linkspartei in Deutschland oder Rifondazione Comunista in Italien ...

### **Wir müssen auf unsere eigenen Organisationsformen vertrauen**

Die Krise unterstreicht einmal mehr, dass jeder Arbeiter, der sich gegen die Angriffe des Kapitalismus verteidigen will, den Kampf von unten aufnehmen muss. Wir können und dürfen nicht auf die Gewerkschaften vertrauen, die die Bosse und ihren Staat verteidigen. Wir müssen die überall erlassenen Anti-Streikgesetze und die künstlichen Trennungen in Sektoren, Nationalitäten und Regionen durchbrechen und unsere eigenen autonomen Organe des direkten Klassenkampfes gegen unseren wirklichen Feind entwickeln: die Kapitalisten und ihre Verteidiger.

Dies ist ein erster notwendiger aber noch nicht ausreichender Schritt. Der nächste besteht darin, dass solche Kämpfe den Aufbau einer revolutionären Organisation ermöglichen, die die Arbeiterklasse politisch vereinigt und eine klare Perspektive zum Sturz des Kapitalismus entwickelt. Solch eine internationale Partei wird ein notwendiges politisches Instrument sein, um den Kapitalismus mitsamt seinem ganzen Elend zu überwinden. Sei es nun die zunehmende Umweltzerstörung, die imperialistischen Kriege die sich schwerlich durch Gipfeltreffen der Großmächte verhindern lassen, oder wachsende Armut und soziale Barbarei – all diese Probleme sind Bestandteil des Kapitalismus, der auf den Müllhaufen der Geschichte befördert gehört.

**Internationales Büro für die revolutionäre Partei**  
([www.ibrp.org](http://www.ibrp.org))

## **30 Jahre nach der „Islamischen Revolution“ im Iran – Bittere Lehren der Geschichte**

Vor dreißig Jahren triumphierte Khomeinis sog. „*Islamische Revolution*“ im Iran. Wir setzten diesen Begriff bewusst in Anführungszeichen, da die Ersetzung eines brutalen Regimes wie das des Schahs durch das der Mullahs schwerlich als wirkliche Revolution bezeichnet werden kann. Marxisten verstehen unter einer Revolution einen wirklichen Transformationsprozess, der die sozialen Machtverhältnisse zugunsten einer sozialen Klasse verschiebt. Dies kann nur durch die Errichtung und Konsolidierung einer neuen Produktionsweise geschehen. Davon kann im Iran jedoch keine Rede sein.

### **Die Streiks gegen den Schah**

1979 gab es im Iran eine anwachsende Arbeiterklasse, die weitaus stärker war als die in Russland 1917. Es war diese Arbeiterklasse, die angeführt von den Ölarbeitern 1977-78 eine Streikwelle vom Zaun brach, die das Schah-Regime ins Wanken brachte. Im Verlauf dieser Streiks gründeten die Arbeiter räteähnliche Streikkomitees, die sog. Shoras. Diese Rätestrukturen weiteten sich faktisch auf alle Sektoren und in fast jede Fabrik des Irans aus. Sie forderten Arbeiterkontrolle über die Produktion, die 40-Stundenwoche, die Entlassung des Managements, die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, neue Arbeitsgesetze, die Abschaffung des berüchtigten Geheimdienstes Savak, die Gleichstellung der Frauen und vieles mehr. Einige Shoras übernahmen praktisch die Fabriken, kontrollierten die Geschäftsbücher und setzten Lohnerhöhungen durch. Das Management konnte praktisch nichts unternehmen ohne zuvor die Arbeiter konsultiert zu haben. Zwischen Dezember 1978 und Februar 1979 kontrollierten die Arbeiter besonders in den nördlichen Provinzen ganze Städte. Unter großen Opfern hatten die Arbeiter einen enormen Beitrag zum Sturz des Schahs geleistet. Als Khomeini 1979 aus dem Exil zurückkehrte, fand er faktisch ein Machtvakuum vor. Die Ölarbeiter forderten von ihm eine stärkere Vertretung der Arbeiterklasse in der Regierung. Khomeini reagierte darauf mit einer Verurteilung der Streiks, die den Schah gestürzt hatten und rief dazu auf die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies wurde ignoriert. 50 000 traten in den Streik. Dennoch zerfiel die Bewegung innerhalb von zwei Jahren und die bekanntesten Aktivisten wurden hingerichtet oder inhaftiert. Wie konnte das passieren?

### **Die Gründe für die Niederlage der Arbeiterklasse**

Der erste Grund war der, dass der kapitalistische Staat noch nicht vollständig zusammengebrochen war. Die Generäle des Schahs sahen sich mit einer massiven Desertionswelle in der Armee konfrontiert und hatten keine andere Wahl als Khomeini zu ak-

zeptieren. Sie übten auf den letzten Premierminister des Schahs Druck aus, um die sichere Rückkehr Khomeinis aus dem Exil zu garantieren. Gleichzeitig konnte sich Khomeini auf die Unterstützung gut verankerter islamistischer Gruppen sowie der bürgerlichen „*Nationalen Front*“ stützen.

Was waren demgegenüber die Kampfmittel der Arbeiterklasse? Die Shoras waren in erster Linie äußerst schwache Imitationen der Sowjets von 1905 und 1917. Doch im Unterschied zu den russischen Sowjets gab es keine überregionale oder zentrale Koordinierung, die die Bewegung vereinheitlichen konnte. Auch wenn viele Shoras die Notwendigkeit einer konsequenten Verteidigung der Arbeiterinteressen verstanden hatten, waren sie noch weit davon entfernt Organe einer proletarischen Gegenmacht zu sein. Die Shoras fanden ihre Entsprechung in nahezu allen Lebensbereichen der iranischen Gesellschaft, was dazu führte, dass ihr Klassencharakter zunehmend ausgedünnt und geschwächt wurde. Gleichzeitig gab es keine kommunistische Kraft, die offen und konsequent für die Klassenautonomie eintrat. Unter dem repressiven Schah-Regime war es enorm schwierig unter der Arbeiterklasse politisch zu wirken, was die Herausbildung einer revolutionären Organisation enorm erschwerte. Zwar gab es eine Reihe linker Parteien, die allerdings überwiegend konfuse linksbürgerliche Positionen vertraten. Die wenigsten von ihnen hatten eine wirkliche Verankerung in der Arbeiterklasse und die einflussreichste (wenn auch nicht größte) linke Organisation, die von Moskau unterstützte Tudeh-Partei, unterstützte Khomeini als „*Antiimperialisten*“. Dass Khomeini durch und durch reaktionär war, war für sie zweitrangig, da sie ihn als potentiellen Verbündeten im Kalten Krieg ansahen. Eine weitere größere Organisation, die mao-stalinistisch orientierten Volksfedayin vertrat ein ähnliches „*antiimperialistisches Argumentationsmuster*“ spaltete sich jedoch in mehrere Teile auf. Eine der größten Schwächen der meisten iranischen linken Gruppen war ein antiquiertes Denken in Etappentheorien. Sie gingen davon aus, dass der Iran erst eine „*demokratische Revolution*“ durchlaufen müsse, bevor man über Sozialismus überhaupt reden könne. Schon die russische Revolution hatte gezeigt, dass die Losung der „*demokratischen Revolution*“ vollkommen überholt war. In der Epoche des Imperialismus in der die Herrschaft des Kapitals den gesamten Planeten umfasst hat, gibt es keine Spielräume für nationale oder demokratische Lösungen. Vor diesem Hintergrund waren die Etappentheorien der meisten iranischen linken Gruppen auf Sand gebaut und von einer kommunistischen Perspektive meilenweit entfernt. Khomeini bedankte sich für die „*kritische Unterstützung*“ dieser Gruppen mit (zuweilen noch brutalerer) Folter, Einkerkierung und Massenhinrichtungen.

## Perspektiven

Die Shoras stellten in embryonaler Form Organe der Arbeitermacht dar, die in Ermangelung eines überregionalen Koordinierungsgremiums kaum weiter entwickelt werden konnte. Ferner gab es keine revolutionäre Kraft, die eine weitergehende proletarische Perspektive hätte aufzeigen können, was es den reaktionären Kräften schließlich ermöglichte die Kontrolle zu übernehmen und ihr Programm durchzusetzen. Die iranische Arbeiterklasse zahlte für die 1979 vorherrschenden Schwächen und Illusionen einen hohen Preis. Dennoch ist sich nicht geschlagen. Die Räteidee ist nach wie vor im Bewusstsein der iranischen Arbeiter verankert, die in ihren vielfältigen

Kämpfen gegen das Mullahregime immer wieder spontane Streikkomitees hervorbringen. Nach wie vor stellt sich die Aufgabe des Aufbaus einer kommunistischen Organisation, die diesen Kämpfen eine revolutionäre Stoßrichtung geben kann. Ein iranischer Genosse brachte es in einem Brief an uns kürzlich folgendermaßen auf dem Punkt: „Vor dreißig Jahren haben die iranischen Arbeiter der neuen Generation des Proletariats die Vollendung einer historischen Aufgabe hinterlassen: Die Schaffung und Festigung einer internationalistischen Kraft mit einer klaren Perspektive.“

## Großbritannien: Streiks in der Bau – und Energiebranche – eine erste Antwort auf die Wirtschaftskrise

Statement unserer britischen Schwesterorganisation CWO (Communist Workers`Organisation)

Mit dem Ausbruch des spontanen Streiks in der Raffinerie des Ölkonzerns TOTAL, gerieten Bilder von geschwenkten Plakaten und Schildern mit der Losung „*Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter*“ verstärkt ins Zentrum der Öffentlichkeit. Die Medien stellen das Ganze als einen rassistischen Backlash gegen ausländische Arbeiter dar. Allerdings ist die Situation sehr viel komplexer. Die Parole „*Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter*“ ist ein direktes Zitat aus Gordon Browns Rede auf dem Parteitag der Labour Party im November 2007. Zu dieser Zeit gab es eine weit verbreitete Hysteriewelle über den angeblichen wachsenden Zustrom von Arbeitsmigranten aus Osteuropa an der Brown anknüpfen wollte. Selbst der Führer der Konservativen mokierte sich damals über diese Fremdenfeindlichkeit und die Nähe zur faschistischen British National Party. (...) Die Streiks haben ihren Ursprung in Ereignissen des letzten Jahres, als das italienische Subunternehmen IREM einen Bauvertrag in Höhe von 17 Millionen Pfund an Land zog. IREM kündigte an, für die Durchführung spezieller Arbeiten auf die eigene Belegschaft zurückzugreifen. So wurden Ende des Jahres über hundert italienische Arbeiter in der Nähe der Küstenstadt Cleethorpes auf einem Schiff untergebracht. Weitere 300 portugiesische Arbeiter sollten auf weiteren Schiffen untergebracht werden. Es gibt hier eine Menge Unklarheiten, da das ganze dem Geschäftsgeheimnis unterliegt. Zwar hat TOTAL erklärt, dass keine Lohndrückerei beabsichtigt sei, allerdings stellt sich die Frage warum IREM die Kosten für die schwimmende Unterkünfte nicht scheute, wo doch vor Ort auf tausende qualifizierte Bauarbeiter zurückgegriffen werden könnte. Die Arbeitslosigkeit in der Region Lincolnshire liegt bei 47%. Derzeit verlieren in England täglich 2500 Arbeiter ihren Job. Jede Woche müssen 600 Kleinunternehmen und Geschäfte schließen. Gerade die Baubranche ist von

der Finanz- und Immobilienkrise in besonderem Maße betroffen. Als Anfang des Jahres die britische Baufirma Shaws ankündigte, dass sie ein Drittel ihrer Auftragskapazitäten verlieren würde, hatte sich die letzte Hoffnung vieler Bauarbeiter auf einen Arbeitsplatz zerschlagen. Die Arbeiter gaben der IREM die Schuld für den Verlust ihrer Arbeitsplätze. Dies hat wesentlich den Ausbruch der Streiks provoziert.

### Die Ausweitung der Streiks

Seitdem hat sich die Zahl spontaner inoffizieller Streiks multipliziert: 400 Arbeiter legten in der ConocoPhillips Raffinerie die Arbeit nieder, ihrem Beispiel folgten 300 weitere Arbeiter derselben Firma im Kraftwerk Immingham. 100 Arbeiter streikten im Gas-Terminal Dimlington (Yorkshire), 700 im INEOS Gas-Terminal im schottischen Grangemouth (dieselben Arbeiter, die sich schon im letzten Jahr gegen die Kürzungen der Renten wehrten), weitere 500 in drei Kraftwerken in Schottland und 200 Arbeiter in Kraftwerken in Cheshire und Süd-Wales. Am Montag, den 2 Februar beschlossen 800 Arbeiter des Atomkraftwerks Sellafield in einer Vollversammlung aus Solidarität mit den Kollegen in Yorkshire in den Streik zu treten. Selbiges beschlossen am selben Tag 400 Arbeiter des Kraftwerkes Longannet in Fife. Diese spontanen Solidaritätsbekundungen lassen sich zum Teil durch die spezifische Arbeitssituation erklären. Viele Arbeiter müssen sich von Vertrag zu Vertrag hangeln, wodurch vielfältige Kontakte und Netzwerke entstehen, über die man sich über Arbeitsmöglichkeiten und Jobangebote austauscht. Über SMS-Nachrichten und Telefon sind sie im ständigen Kontakt mit anderen Kollegen. Allerdings hatten auch die Gewerkschaften Unite und GMB ihre Finger im Spiel, die von Anfang an frisch gedruckte Plakate und Schilder mit der besagten Parole unter die Leute brachten. Die Gewerkschaften halten jedoch die Version eines wilden Streiks aufrecht, um sich keine Klage wegen Bruchs des Arbeitsrechts einzuhandeln. Die Labourregierung hat die Streiks logischer-

weise verurteilt. Allerdings steht sie ihnen auch mit gemischten Gefühlen gegenüber. Auf der einen Seite will sie natürlich nicht, dass dem britischen Kapital der Zugriff auf billige Arbeitskräfte verwehrt wird, auf der anderen Seite hat sie seit ihrem Amtsantritt hart an der Propagierung einer nationalen Identität gearbeitet, um die Arbeiter hinter dem Union Jack zu vereinen zu können. New Labour war immer ein Fürsprecher des Kapitals und Gordon Brown ist einer der Hauptarchitekten dieser Allianz. Gordon Brown ignorierte geflissentlich die Tatsache, dass die Arbeiter (bzw. vielmehr die Gewerkschaften) sich auf seine eigenen Worte beriefen und bezeichnete die Streikaktion als „ungerechtfertigt“. Der Wirtschaftsminister Mandelson, der für das Annehmen von Geschenken der Reichen berühmt und berüchtigt ist, erklärte, dass TOTAL sich vollkommen im Einklang mit den europäischen Gesetzenormen befinde und die Streikenden die Jobs britischer Arbeiter im Ausland gefährdeten. Angesichts des nationalistischen Elements widmeten die Medien der herrschenden Klasse den Streiks große Aufmerksamkeit. In den letzten 25 Jahren wurde noch nie so viel über Streiks berichtet wie über die jetzigen. In der Daily Mail wurde bspw. ein Foto eines italienischen Arbeiters veröffentlicht, der angeblich den Streikenden einen Stindefinger zeigte (damit aber höchstwahrscheinlich die anwesenden Medienvertreter meinte) Die Rattenfänger der British National Party (BNP) versuchen massiv aus den Streiks Kapital zu schlagen. Die BNP hat bereits im Herbst letzten Jahres versucht, sich in den Streik beim Staythorpe-Kraftwerk in Nottinghamshire einzuschalten, und es gibt zweifellos einige Elemente, die sich für ihre Parolen empfänglich zeigen. Ihr neuester Trick besteht darin durch das Schalten einer „British Wildcats“-Website Gordon Browns Parole für sich zu reklamieren. Dann gibt es da natürlich noch die Gewerkschaften. Von den Gewerkschaften Unite und GMB wurde und wird die Parole *“Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter”* geradezu wie ein Mantra runtergebetet. Ebenso wurden die Plakate und Schilder mit der besagten Parole von ihnen verteilt. Trotz dieses Fahنشwenkens haben viele Streikende keine nationalistischen Sympathien. Viele von ihnen haben bereits selber im Ausland gearbeitet und die meisten, die sich gegenüber der Presse oder im Internet äußern, heben hervor, dass sie nichts gegen ausländische Arbeiter haben sondern gegen die Bosse die ihnen Jobs vorenthalten.

### **Das wirkliche Problem**

Dies bringt uns der eigentlichen Frage näher. Die EU ist eine der größten Freihandelszonen des Kapitals. Wenn sie von der *„Bewegungsfreiheit von Kapital und Arbeit“* reden, meinen sie die Möglichkeit die billigsten Arbeitskräfte auszubeuten und die Löhne überall zu drücken. Zwar soll das europäische Entsendegesetz das Lohndumping begrenzen, dennoch

unterliegen Vergabeverträge (wie z.B. der von IREM) in Großbritannien dem Geschäftsgeheimnis. Bisher hat noch keine Regierung den Versuch unternommen Einsicht in diese Vertragswerke zu bekommen. Seumas Milne brachte es im Guardian vom 30.1.09 folgendermaßen auf den Punkt: *„... In Wirklichkeit ermuntern die EU-Richtlinien und mehr noch die britische Gesetzgebung die Arbeitgeber dazu, auf den deregulierten Arbeitsmärkten ganze Belegschaften gegeneinander auszuspielen um die Personalkosten zu drücken. Jetzt wo viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, ignorieren die organisierten britischen Arbeiter die restriktiven Arbeitsgesetze und melden sich lautstark zu Wort.“* Während den Banken Millionen in den Rachen geworfen werden und die Aktionäre ihre Dividenden einheimsen, sind diejenigen, die den Reichtum produziert haben, mit Stellenabbau bedroht. Die Arbeiter haben viel zu lange die Kürzung ihrer Renten (die heute unter noch schärferem Beschuss stehen), die Senkung ihres Lebensstandards und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse als Begleiterscheinung der sog. *„Globalisierung“* hingenommen. Trotz falscher Slogans haben die Bauarbeiter die richtige Antwort auf die Angriffe der Kapitalistenklasse gegeben. Eine Gegenoffensive der Arbeiterklasse ist notwendig – allerdings nicht mit engstirnigen nationalistischen Parolen. Wenn wir denjenigen die Schuld geben, die genau in den gleichen Schwierigkeiten wie wir stecken, spielen wir den Bossen in die Hände. Teile und Herrsche – das ist das oberste Prinzip der Kapitalisten, um die Löhne überall zu drücken. Glücklicherweise sind viele Bauarbeiter den nationalistischen Parolen nicht auf den Leim gegangen. Dies liegt auch daran, dass sie selber in Länder wie Dubai, Deutschland oder selbst Kasachstan fahren müssen um Arbeit zu finden. Die einzige Perspektive aus dem Dilemma kann nur eine internationalistische sein. Überall auf der Welt sind die Arbeiter von der Krise betroffen weswegen es notwendig ist sich zusammenzuschließen und sich gemeinsam zu weigern für die Krise des Kapitalismus zu zahlen. Als Organisations- und Kampfformen sind wilde Streiks, die sich der gewerkschaftlichen Kontrolle entziehen und durch Vollversammlungen und gewählte Koordinierungskomitees organisiert werden ein bedeutender Schritt vorwärts. Um der Welle von Angriffen widerstehen zu können, darf der Kampf jedoch nicht auf einen oder einzelne Sektoren begrenzt sein. Gegen die von den Herrschenden gewollte und forcierte Sündenbocksuche und Spaltung in *„Engländer“*, *„Portugiesen“*, *„Italiener“*, *„Deutsche“*, *„Polen“*, *„Griechen“* usw. muss die Arbeiterklasse in Europa und der ganzen Welt in ihrer Gesamtheit den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen, anstatt den Parolen der Bosse und Gewerkschaftsführer hinterherzulaufen.

## Unite or Divide? Der Nationalismus und die Gewerkschaften

Nach dem Ende des Streiks in der Öl-Raffinerie in Lindsey ließ sich der Generalsekretär der Gewerkschaft „Unite“ zwischen zwei Modellen mit einem Union Jack und der Aufschrift „British Jobs for British Workers“ auf der Titelseite des reaktionären „Daily Star“ ablichten. Der „Daily Star“ lancierte später einen Artikel in dem behauptet wurde, dass der „Britons First“-Slogan wesentlich zum Erfolg des Streiks beigetragen habe. Dies ist eine Lüge. Es war in erster Linie die Solidarität und Selbstaktivität der Arbeiter, die zum Erfolg des Streiks beitrugen. Die große Mehrheit der Arbeiter, die sich am Streik beteiligten, widersetzten sich den nationalistischen Parolen die die Gewerkschaften und die Presse aufwarfen. Gegen Ende des Streiks gab das Streikkomitee die Losung „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch“ aus, die mit großem Jubel von der Belegschaft aufgenommen wurde.

Gleichwohl ist der Kampf noch nicht vorbei. Die Übernahme von Gordon Browns Parole „British Jobs for British Workers“ durch die Gewerkschaften kommt nicht von ungefähr. Der Gewerkschaftschef Simpson kämpft in der Gewerkschaft um seinen Posten und wie überall haben die Gewerkschaften keine Skrupel die nationalistische Karte auszuspielen. Simpson ein früheres Mitglied der „Communist Party of Great Britain“ ist mittlerweile genau wie Brown Mitglied der Labour Party. Es ist somit nicht überraschend, dass die Gewerkschaften auf den Ärger der sich in Lindsey durch die plötzliche Entlassungen mehrerer Arbeiter durch den Sub-Unternehmer aufgebaut hatte, reagierte, indem sie unverzüglich Schilder mit dem Logo der Gewerkschaften GMB und „Unite“ und der Aufschrift „British Jobs for British Workers“ unter die Leute brachte. Von Anfang an verwahrten sich die Arbeiter gegen den Vorwurf engstirnige Nationalisten zu sein. (Ein Mitglied des Streikkomitees war selber italienischer Herkunft) Die Streikenden konnten die Einrichtung von 102 neuen Arbeitsplätzen durchsetzen. Derzeit gibt es in Großbritannien eine Reihe von Konflikten in denen die Gewerkschaften ihre „Britons First“-Kampagne anwenden können. (...) Das Ausspielen der nationalistischen Karte durch die Gewerkschaften betrifft also nicht nur die Bauarbeiter sondern die Arbeiterklasse als Ganzes. Die Medien können das nutzen, um die Arbeiter als „nationalistisch“ und „protektionistisch“ hinzustellen (was einige von ihnen auch zweifellos sind). Teile und Herrsche – das ist das Grundprinzip der Herrschenden (wozu auch die Gewerkschaften gehören). Wenn es ihnen gelingt Arbeiter verschiedener Nationalitäten (oder Regionen) gegeneinander auszuspielen, erleichtert das die Durchsetzung von Lohnsenkungen ungemein. Da die Bosse im Angesicht der Krise genau darauf abzielen, werden sich solche Manöver mit großer Wahrscheinlichkeit wiederholen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Gewerkschaften bisher jeden Krieg der britischen Regierung unterstützt haben, und nicht das Geringste getan haben, um sie durch Streiks etc. zu verhindern. Sie agieren stets als Ordnungshüter im nationalen Inte-

resse. Die nationalen Interessen sind jedoch immer die Interessen der Bosse. Es sind diese „Interessen“ die uns fortlaufend Arbeitsplatzabbau, Lohnsenkung und Sozialkürzungen bescheren. Das Setzen auf den Nationalismus ist keine spezielle Eigenschaft der britischen Gewerkschaften, sondern ein internationales Problem. In den USA führt die AFL-CIO gerade eine massive „Buy-American“-Kampagne durch. Leo Gerard, Chef der „United Steelworkers Union“ ging sogar soweit alle Amerikaner dazu aufzurufen sich wie „ökonomische Patrioten“ zu verhalten. Den US-Unternehmen warf er vor, „die Steuergelder arbeitsloser US-Bürger dazu zu verwenden, um in China, Indonesien, Korea und Indien Arbeitsplätze zu schaffen“. Ähnliche nationalistische Töne gaben die deutschen Gewerkschaften während der drohenden Schließung von Opel von sich.

### Ausverkauf der Cowley Arbeiter

Die nationalistische Rhetorik der Gewerkschaften kann schwerlich ihre Unfähigkeit kaschieren, ihre eigenen Mitglieder zu verteidigen. Die britischen Arbeiter leiden nicht weil Britannien in der EU ist (Auch wenn die Nationalisten von der Labour Party bis hin zu BNP versuchen diesen Eindruck zu erwecken.) Das Problem besteht darin, dass die sie weit aus weniger Rechte und Sicherheiten haben als in vielen Ländern Westeuropas.

Dies war mitunter einer der Gründe für den Streik in der Öl-Raffinerie von Lindsey. Ein weiteres Beispiel dafür ist auch die Entlassung von 850 BMW Arbeitern in Cowley (Oxford) am 16. Februar. Von den Entlassungen waren vorrangig Leiharbeiter betroffen, die an der Herstellungslinie des Mini arbeiteten. Viele von ihnen hatten über Jahre im Werk gearbeitet. BMW nahm sich diese Kollegen vor, weil sie noch viel leichter gekündigt werden konnten als Leiharbeiter in Deutschland. Tausende haben in der letzten Zeit ihren Arbeitsplatz in der britischen Automobilindustrie verloren. Für die Arbeiter von Cowley waren die Entlassungen jedoch schwer vorhersehbar, da BMW bis vor kurzem gerade mit der Produktion des Mini noch massive Profite gemacht hatte. Die Firma verkündete die Entlassungen erst nach Schichtende, da sie Sabotageakte befürchtete. Es war den Bürokraten der Gewerkschaft „Unite“ überlassen die Entlassungen zu erklären. Ihre Erklärungsversuche verärgerten die Arbeiter noch mehr. Besonders als klar wurde, dass alles von langer Hand geplant war. Die Gewerkschaft hatte ihren Mitgliedern über mehrere Wochen verschwiegen, dass sie in Verhandlungen mit dem Unternehmen stand. Natürlich wollten viele wissen, warum die Gewerkschaft nichts zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze unternommen habe. Ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann gab auf der Versammlung offen zu, dass sie es nicht gewagt hätten die Kollegen zu informieren, da sie selber Angst um ihren Arbeitsplatz gehabt hätten. Dies heizte die Stimmung auf der Versammlung nur noch mehr an. Einige Arbeiter verlangten ihre bezahlten

Mitgliedsbeiträge zurück, andere bewarfen die Funktionäre mit Obst (das Treffen fand in einer Kantine statt).

### **Kein Vertrauen in die Gewerkschaften**

Was diese Streiks zeigen ist, dass keine Gruppe von Arbeiter die sich gegen die Angriffe der Kapitalisten ernsthaft zur Wehr setzen will, den Gewerkschaften Vertrauen entgegenbringen darf. Mit ihren für normale Mitglieder undurchschaubaren bürokratischen Strukturen, ihren aus Mitgliedbeiträgen zusammengeklauten Millionenvermögen, welches sie nicht zur Unterstützung von Streiks sondern zur Bezahlung der Pensionsfonds ihrer Funktionäre verwenden, stellen sie heute etwas vollkommen anderes dar, als die Gewerkschaften die sich im 19. Jahrhundert gegen Lohnkürzungen usw. zur Wehr setzten. Die Gewerkschaft „Unite“ zahlt ihren beiden Generalsekretären ein Gehalt von jeweils 200 000 Pfund. Im letzten Jahr verzockte sie 11 Millionen Pfund (d.h. Mitgliedsbeiträge) an den Börsen. Es bedarf wohl kaum weiterer Beispiele um zu zeigen inwieweit sie mit dem System verflochten sind und dieses bei jeder Gelegenheit verteidigen. In den kommenden Monaten werden die Kapitalisten kampfbereite Arbeiter auffordern realistisch zu sein. Beschwörungsformeln die von den Gewerkschaften (allenfalls leicht abgeändert) wiederholt werden. Der Realismus des Kapitals läuft jedoch immer darauf hinaus, dass die Arbei-

ter die Zeche zahlen. Arbeiter dies sich dem widersetzen wollen, müssen in erster Linie auf ihre eigene Kraft vertrauen. Sie müssen sich unabhängig von der Gewerkschaft in Streikkomitees organisieren und gegen die Manöver des Managements, der Regierungen und der Gewerkschaften Solidarität behaupten.

Einige setzen tragischerweise immer noch darauf, militantere Gewerkschaftsführer zu wählen. Aber die Geschichte hat immer wieder gezeigt dass das Problem mit den Gewerkschaften keine Frage der Personen in den Führungspositionen ist. So wurde bspw. auch Simpson für einen solchen militanten Gewerkschafter gehalten, als er den Blair-Anhänger Sir Ken Jackson an der Spitze von „Unite“ ablöste. Nun verfolgt Simpson exakt denselben Kurs indem er die nationalen Interessen vor die Klasseninteressen stellt. So ging es bisher mit jedem neuen Gewerkschaftsführer, was zeigt dass es sich hier um ein strukturelles Problem handelt. Die Gewerkschaften sind unwiderruflich bürokratisiert und zu Stützen der bürgerlichen Ordnung geworden. Unsere Solidarität ist unsere wichtigste Waffe und wir dürfen nicht zulassen, dass diese untergraben wird. Statt den Parolen und Scheinlösungen reaktionärer Gewerkschaften hinterherzulaufen gilt es daher selber aktiv zu werden und die Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter aller Länder weiterzuentwickeln. (A.D)

## **Frankreich: Die Wut der Arbeiter wächst**

Die steigende Wut der französischen Arbeiter macht sich als Folge der ökonomischen Krise deutlich bemerkbar. Aber es ist auch eine Wut auf die vorhergegangenen „liberalen“ und radikalen Maßnahmen der Regierungen die Arbeitskosten zu drücken. Einer der Direktoren des Continental Werks von L'Oise (einer Reifenfabrik mit 1200 Beschäftigten) wurde mit Eiern bombardiert, die Manager von Sony in Les Landes und des pharmazeutischen Unternehmens 3M in Pithiviers in der Nähe von Orléans wurden gegen ihren Willen in den Büros festgesetzt. Der Protest richtete sich gegen Arbeitsplatzabbau und Fabrikschließungen. In Auxerre zwangen die Arbeiter von Fulmen (einem Hersteller von Auto- und LKW-Batterien) die Manager an ihrer Demonstration teilzunehmen. Es gibt eine lange Liste von Kämpfen neuen Typs wie z.B. die Erstürmung der Zentrale von Caterpillar in Grenoble. Es folgte die Besetzung von Chateauroux (einem Fahrzeughersteller), wo am 12. März ein Streik ausbrach als die Abwicklung des Unternehmens bekannt wurde. Eine Vollversammlung der Arbeiter beschloss einstimmig in den Streik zu treten und die Fabrik zu besetzen. Die Gewalt hielt sich bisher in Grenzen. Aber eines hat sich ge-

ändert – die Arbeiter treten in den Kampf. Sie haben erkannt, was für sie selber wichtig ist und dass die vorher akzeptierten Lohnkürzungen nichts geändert haben und sie am Ende ebenso entlassen werden. Das Wichtigste ist, dass sie den Kampf in die eigenen Hände genommen haben ohne auf die Gewerkschaften zu hören, die ständig predigen, dass man Ruhe bewahren soll oder auf einen besseren Zeitpunkt warten solle um den Kampf zu führen. Nach Medienangaben führen die Arbeiter in diesen Kämpfen immer mehr gewalttätige Aktionen durch. Es ist offensichtlich, dass diese Kämpfe ein Ausdruck ihrer Ohnmacht und Verzweiflung sind, dennoch ist es enorm wichtig, dass sie stattfinden. Sie sind ein Anzeichen für die Wiederbelebung der Kampfbereitschaft, die weitaus bedeutendere Formen annehmen kann, wenn sich die Auswirkungen der kapitalistischen Krise noch deutlicher bemerkbar machen.

Bilan & Perspectives 5 April 2009



# Klassenbewusstsein und revolutionäre Organisation

Das Verständnis des Klassenbewusstseins, der Art und Weise wie es entsteht und zur materiellen Gewalt wird, ist eine der wichtigsten Fragen revolutionärer Aktivität.

Ausgehend von den Erfahrungen der Klassenkämpfe zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelten Marx und Engels in Schriften wie der „*Deutschen Ideologie*“ oder dem „*Kommunistischen Manifest*“ die ersten Grundzüge einer Theorie über die Entstehung von Klassenbewusstsein.

Die Erfahrungen der Arbeiterklasse in der Pariser Commune, der Massenstreiks vom 1905 oder der Oktoberrevolution von 1917 warfen viele neue Fragen auf. Von daher reicht es nicht aus Zitate von Marx und Engels herunterzubeten und so zu tun als seien diese der Weisheit letzter Schluss. Zwar haben die Grundannahmen von Marx und Engels selbst heute noch zum großen Teil Gültigkeit, gleichwohl sind wir mit einer Reihe von Problemen konfrontiert die diese beiden Denker zu ihrer Zeit nicht vorhersehen konnten. Zwar hatten Marx und Engels in Grundzügen erkannt, dass die sozialdemokratischen Parteien zunehmend eine antirevolutionäre Richtung einschlugen, dass Ausmaß indem die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu Verteidigern der kapitalistischen Ordnung wurden, hätten sie sich jedoch in ihren kühnsten Träumen nicht vorstellen können. Ebenso wenig konnten sie die fundamentale Rolle des Staates im modernen Kapitalismus als Garant und Organisator der kapitalistischen Ausbeutung voraussehen.

Niemand konnte ahnen, dass der erste Versuch einer internationalen proletarischen Revolution durch den Kapitalismus in Russland isoliert werden könnte, und dieselbe Partei die das Proletariat in dieser Revolution hervorgebracht hatte, zu der Kraft werden könnte die eine der schlimmsten Konterrevolutionen in der Geschichte durchführte. All dies war freilich weder geplant oder in irgendwelchen Ideen angelegt, sondern den objektiven Bedingungen geschuldet. Die Konterrevolution kam nicht über Nacht. Sie war ein gradliniger Prozess und selbst jene, die die Grundzüge dieses Prozesses erkannten und aufhalten wollten, konnten nicht im ganzen Ausmaß sehen, dass all Maßnahmen die sie ergriffen um die UdSSR zusammenzuhalten letztendlich nur weitere Sargnägel für die internationale proletarische Revolution darstellten.

In Russland wurde die revolutionäre Klasse im verlaufe des dreijährigen Bürgerkrieges dezimiert. Die klassenbewusstesten Arbeiter traten der roten Armee bei oder wurden vom Parteiapparat aufgesogen. Die Rätewacht wurde durch, Krieg, Hunger und Seuchen untergraben. 1920 waren die Räte leere Hüllen ohne jede Macht. Viele russische Kommunisten versuchten dieses offenkundige Dilemma dadurch zu umgehen, indem sie behaupteten, dass die Diktatur des Proletariats und die Diktatur der Partei des Proletariats faktisch dasselbe sei. Durch solche Positionen wurden die Grundlagen des Marxismus unterminiert.

Es waren diese Illusionen die dem Stalinismus letztendlich den Weg bahnten.

## Das Problem des Klassenbewusstseins.

Beginnen wir mit den Problemen die durch die russische Revolution aufgeworfen wurden. Für Marx war es immer klar, dass eine Revolution nur der bewusste Akt der großen Mehrheit sein könne. Gleichzeitig war er sich völlig darüber im Klaren, dass sich eine solche Bewegung nur durch eine politische Partei konstituieren könne. Die Arbeiterklasse ist eine eigentumslose Klasse kollektiver Produzenten. Der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse wirft zwar das Problem der Ausbeutung auf, eröffnet aber aus sich selbst heraus nicht die Antwort auf die Frage wie die Ausbeutung überwunden werden kann. In Anbetracht diverser Spaltungslinien und Fragmentierungen der Klasse, und dem Umstand, dass verschiedene Klassensegmente und Individuen zu unterschiedlichen Zeiten und unterschiedlichen Graden Klassenbewusstsein entwickeln, lässt nur den logischen Schluss zu, dass sich Klassenbewusstsein nur in einem organisatorischen politischen Rahmen konsolidieren und weiterentwickeln kann. Nur durch die politische Organisation derjenigen Arbeiter, die den Charakter des Kapitalismus als vergänglich und zu überwindende Ausbeutergesellschaft erkannt haben, können die herrschenden Gedanken die immer auch die Gedanken der herrschenden Klasse sind, aufgebrochen und bekämpft werden. Indem sie die Elemente von Bewusstsein die in den täglichen Kämpfen gegen die Ausbeutung entstehen politisch verallgemeinert, kann eine politische Organisation dazu beitragen, dass die kommunistische Theorie zur „*materiellen Gewalt*“ wird, und dem kapitalistischen Staat und der Ausbeutung ein Ende setzt. In Anbetracht der Dominanz der bürgerlichen Ideologie wird ein solcher bewusster politischer Kampf nicht einfach spontan in den ökonomischen Tageskämpfen der Klasse entstehen.

## Klarheit vor Einheit

Was zu Marxens Zeiten weniger klar war, war die Frage des Charakters einer solchen Organisation oder Partei und ihres Verhältnis zur Klasse.

Die Erfahrung der Sozialdemokratie (die Bolschewiki eingeschlossen) hat gezeigt, dass die programmatische Klarheit der proletarischen Partei weitaus wichtiger ist als ihre zahlenmäßige Stärke. Zwar wurde die deutsche Sozialdemokratie zur größten politischen Partei ihrer Epoche, dies aber zu einem hohen Preis. Der Glaube an den Parlamentarismus führte zwangsläufig zur Unterwerfung unter die öffentliche Meinung. Eine schleichend entstandene Bürokratie stellte die Erhaltung der Organisation und ihrer Geldmittel über die sozialistischen Prinzipien, die im zunehmenden Maße nur noch bei Sonntagsreden von Bedeutung waren. Der Reformismus führte notwendigerweise zur Treue gegenüber dem imperialis-

tischen Nationalstaat, den die Reformisten übernehmen wollten. Die Unterstützung des imperialistischen Ersten Weltkrieges 1914 war nur die logische Folge dieses Prozesses.

Auf der anderen Seite war es in erster Linie die programmatische Unnachgiebigkeit und Standfestigkeit der Bolschewiki, die es ihnen erlaubte in den Wirren des imperialistischen Krieges an internationalistischen Klassenpositionen festzuhalten. Das Argument, dass die programmatische Klarheit einer revolutionären Partei weitaus wichtiger sei als ihre zahlenmäßige Stärke wirft eine grundlegende Frage auf: Wenn eine proletarische Revolution die Bewegung der großen Mehrheit sein soll, warum bzw. vielmehr wie kann sie dann von einer revolutionären Minderheit angeführt werden?

Die Antwort auf diese Frage muss notgedrungen etwas schematisch ausfallen, da im wirklichen Leben historische Prozesse nicht nach den Paradigmen ablaufen, in denen wir versuchen sie zu verstehen. Allgemein gesagt liegt der Schlüssel zur Antwort auf die obige Frage im Wörtchen „Prozess“. Revolutionen (und natürlich auch andere große soziale Bewegungen) beginnen in einer sehr begrenzten Form. In dem Maße wie sich die Bewegung geographisch und politisch ausweitet, werden mehr und mehr Menschen in diesen Prozess einbezogen. Der Anfang jeder Revolution ist immer eine spontane Bewegung die sich an ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen des Systems entzündet. Für viele Teilnehmer der Bewegung ist zuweilen die ganze Tragweite ihres Handelns gar nicht ersichtlich. Alles was sie wissen und was sie antreibt ist, dass es nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Das Unbewusste kommt vor dem Bewussten. Während Spontaneität zwar eine Bewegung auslösen kann, besteht der Schlüssel für eine erfolgreiche Revolution jedoch darin, über die Grenzen des Systems hinauszugehen. Wie wir oben schon ausgeführt haben, kann nur ein Organismus derjenigen, die eine bewusste programmatische Alternative zum Kapitalismus anzubieten haben, in der Lage sein, die Revolte in eine neue Gesellschaftsform transformieren. Wenn eine kommunistische Perspektive für die Bewegung weder sichtbar noch greifbar ist, kann es schnell passieren, dass sie wieder auseinander bricht und/oder in den politischen Bezugsrahmen des Systems zurückfällt.

Deswegen behaupten wir auch nicht, dass die zahlenmäßige Stärke einer Partei im revolutionären Prozess absolut unwichtig ist. Es muss eine gewisse Anzahl organisierter Kommunisten geben, die in der Lage sind, in die Bewegung einzugreifen. Eine kommunistische Klassenpartei predigt ihr politisches Programm auch nicht von oben herab. Ihre Mitglieder müssen als Teil der Klasse agieren und in ihr verankert sein, wenn sie ihren Wirkungskreis erhöhen wollen. An einem bestimmten Punkt der Bewegung müssen die Kommunisten auch organisatorische Aufgaben übernehmen, um die Arbeiter auch praktisch dabei zu unterstützen eigene Klassenorgane (Fabrikkomitees, Räte etc) zu entwickeln, die in der Lage sind den bürgerlichen Staat zu überwinden. Gerade in diesen Klassenorganen werden die politische Debatte und der Kampf für den Kommunismus

geführt werden müssen. Marx hob hervor, dass Menschen die in einer sozialen und politischen Bewegung aktiv tätig werden, anfangen die Welt mit ganz anderen Augen zu sehen. In seiner Schrift „Die deutsche Ideologie“ schreibt er, „...dass sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewusstseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“

Dies ist eine wichtige Textstelle die darüber Aufschluss gibt, wie die ideologische Dominanz der herrschenden Klasse aufgebrochen werden kann. Sie widerlegt all jene die ständig behaupten, dass die kapitalistischen Wertvorstellungen der „Natur des Menschen“ entsprechen würden. Die „Natur des Menschen“ ändert sich mit und durch praktische Aktivität – und nicht durch wohlmeinende Predigten von Sozialisten oder Kommunisten.

Hier liegt u.a. der Fehler der Aufklärungsbemühungen vieler linker Gruppen, die zuweilen auch auf das bürgerliche Parlament setzen um ihre Weisheiten zu verkünden. Die Ergebnisse derartiger Aktivitäten fallen in der Regel äußerst bescheiden aus.

Das ist auch alles andere als überraschend, da Arbeiter beim bürgerlichen Wahlakt von ihren Kollegen isoliert als Individuen vor der Wahlurne stehen. Sie stehen unter dem Druck ihrer alltäglichen unmittelbaren Probleme und sie haben nur die Wahl zwischen drei oder vier aussichtsreichen Kandidaten, die für verschiedene kapitalistische Glücksversprechen stehen. Die Beteiligung am Wahlspektakel kann nur dazu führen Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu schüren.

Vor allem aber verstellt sie den Blick darauf, dass nur in einer praktischen gesellschaftlichen Bewegung die bürgerliche Ideologie aufgebrochen und die Perspektive des Kommunismus auf die Tagesordnung gesetzt werden.

### **Die Russische Revolution: Eine wichtige Lehre aber kein Model für die Zukunft**

Es ist fürchterlich naiv die Oktoberrevolution als Erfolgsmodell für die Zukunft abzufeiern, wie viele stalinistische und trotzkistische Gruppen das tun und sich dabei noch als die einzig wahren Nachfolger der Bolschewiki auszugeben.

Eine neue revolutionäre Bewegung wird sich unter gänzlich anderen Vorzeichen und unter vollkommen anderen Bedingungen entwickeln müssen. Gleichwohl war die Oktoberrevolution eine wichtige Erfahrung aus der es heute ernsthafte Lehren zu ziehen gilt. Es war das erste Mal, dass das Proletariat die kapitalistische Ordnung grundlegend infrage stellte. Die öfter geäußerte Behauptung, dass es sich bei der Russischen Revolution lediglich um einen Putsch

der Bolschewiki gehandelt habe, hält den historischen Fakten nicht stand. Die Bolschewiki verwehren sich vehement gegen voluntaristische und putschistische Taktiken der schnellen Machteroberung. Stattdessen legten sie den Schwerpunkt darauf, unablässig für den Sturz der provisorischen Regierung zu agitieren, und in den Räten und Massenversammlungen um eine Mehrheit für ihre Position zu kämpfen. Der sog. „Rote Oktober“ wäre ohne die Verankerung und den Einfluss den die Bolschewiki zu diesem Zeitpunkt in der Arbeiterklasse hatten gar nicht denkbar gewesen. Ebenso hatten die Bolschewiki niemals die Absicht den Sozialismus in Russland alleine aufzubauen. Vielmehr betonten sie unablässig, dass die russische Revolution nur ein Schritt einer weltweiten sozialistischen Revolution sei. Der Erste Weltkrieg hatte international zu einer Welle des Aufruhrs geführt. 1917 gab es Aufstände in Italien, Streiks in Deutschland und England, sowie Meutereien in der französischen und britischen Armee. Dieser Prozess verdichtete zu einer weltweiten Klassenbewegung die den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschütterte.

Das Scheitern der Russischen Revolution resultierte in erster Linie aus den Niederlagen dieser weltweiten Klassenbewegung. Das Problem der Bolschewiki bestand darin, dass sie im Zuge der Isolation der Revolution zunehmend mit dem russischen Staatsapparat verwoben wurden, einem Staat der sich immer mehr vom Anspruch ein revolutionäres, bzw. proletarisches Regime zu sein verabschiedete.

Die Räte spielten als Organe der Arbeitermacht faktisch keine Rolle mehr, während der Terror der Geheimpolizei Tscheka sich immer mehr gegen das Proletariat richtete. Lenin war sich der Gefahr der Absorbierung der Kommunisten in den Staatsapparat und der grassierenden Bürokratisierung durchaus bewusst: *„Es mangelt der Schicht von Kommunisten, die leitende Funktionen in der Verwaltung ausüben an Kultur. Man nehme doch Moskau – die 4700 verantwortlichen Kommunisten – und dazu dieses bürokratische Ungestüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet. Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte dass die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet.“*

Angesichts dieses offenkundigen Dilemmas wurden große Hoffnungen in die Gründung der Kommunistischen internationale gesetzt.

Das Fortschreiten der Konterrevolution innerhalb der UdSSR hatte jedoch auch zwangsläufig Auswirkungen auf die Politik der Kommunistischen Internationale, die sich mehr und mehr den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterordnen musste. So war die Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie alles andere als eine brillante Taktik, um die Kommunisten mit den Massen zu verschmelzen, sondern ein offenkundiges Manöver, welches die Komintern in den Augen klassenbewusster Arbeiter nur diskreditieren konnte. In dem Maße wie die russische Kommunistische Partei mit dem Staatsapparat verschmolz, hörte sie auf eine Avantgarde des internationalen Proletariats zu sein. Es war der italienische Linkskommunist Amadeo Bordi-

ga der während einer Komintern-Sitzung Stalin mit der Frage konfrontierte, warum in der Komintern nicht über die inneren Probleme der UdSSR diskutiert werden dürfe. Intuitiv hatte Bordiga hier ein grundlegendes Problem angesprochen. Die Kommunistische Partei muss eine Weltpartei mit einer internationalen Leitung sein. Es ist unwahrscheinlich, dass die Weltrevolution überall zum gleichen Zeitpunkt triumphieren wird. Die Aufgabe der Partei besteht nicht in der Verwaltung irgendeines proletarischen Vorpostens, sondern darin unablässig für die Ausweitung des internationalen revolutionären Prozesses zu arbeiten. Die Mitglieder der Partei werden in den Räten Verantwortung übernehmen, die Machtausübung obliegt jedoch den Organen der Klasse und nicht der Partei. Die kommunistische Partei muss einen internationalistischen Charakter und eine internationale Struktur haben. Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland und gleiches gilt auch für die Organisation der Kommunisten. Eine revolutionäre Weltpartei ist kein Herrschaftsinstrument, sondern ein Mittel zur politischen Klärung und Verallgemeinerung des kommunistischen Programms: *„Es gibt keine Möglichkeit für eine Befreiung der Arbeiterklasse oder der Errichtung einer neuen sozialen Ordnung, wenn dieses nicht aus dem Klassenkampf selber entspringt. Zu keiner Zeit und aus keinem Grund darf das Proletariat seine kämpferische Rolle aufgeben. Es darf seine historische Mission nicht an andere delegieren, oder seine Macht an andere übertragen – nicht einmal an seine eigene politische Partei.“* (Politische Plattform des Partito Comunista Internazionale, 1952.

### **Die Zickzacks der Trotzisten**

Wenn das Bewusstsein der Klasse noch nicht ausreichend entwickelt ist, kann es nicht auf künstlichem Wege geschaffen werden. Dies ist einer der wesentlichen Grundpositionen in der Tradition der Kommunistischen Linken. Diese steht im starken Kontrast zur trotzkistischen Tradition. Sie steht für das traurige Schicksal eines frühen Revolutionärs, der uns eine Strömung untereinander konkurrierender Organisationen hinterlassen hat, die allesamt die übelsten Taktiken der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts anwenden. Kurz gesagt lassen sich die meisten Fehlannahmen der Trotzisten bezüglich des Klassenbewusstseins und der revolutionären Organisation auf ihren nahezu unerschütterlichen Glauben zurückführen, dass Klassenbewusstsein auf künstlichen und voluntaristischen Wege durch eine „revolutionäre Minderheit“ erzeugt werden könne. Dies entspringt dem Erbe der degenerierenden Komintern, deren Politik die Trotzisten zum Teil heute noch verteidigen. Trotzki's Bestreben in einer konterrevolutionären Periode Teil einer Massenbewegung zu sein führte zum sog. „Entrismus“, d.h. den Eintritt seiner Anhänger in die sozialdemokratischen Parteien. Denselben Parteien, die die Arbeiterklasse in die Hölle des imperialistischen Krieges gehetzt und einen nicht unerheblichen Anteil an der Unterdrückung der revolutionären Klassenbewegung gespielt hatten. Dieser Versuch durch das Verschweigen und Ver-

stecken des eigenen Programms Teil einer größeren Bewegung zu werden scheiterte kläglich. Nicht nur die Analyse, sondern auch die trotzkistische Kritik des Stalinismus steht auf äußerst wackligen Boden. Mit Stalin waren sie in den 20er Jahren der gleichen Meinung, dass die Partei und nicht die Klasse als Motor einer sozialistischen Transformation dienen könne. Trotzki selber führte diese Position sogar ins Absurde indem er behauptete, dass man nicht gegen die eigene Partei Recht behalten könne. Damit spielte er nicht nur dem stalinistischen Apparat in die Hände, sondern entfernte sich auch von Lenins Methode, der bis in seine letzten Lebensjahre zumindest versucht hatte Fehler der Partei aufzudecken, zu benennen und zu korrigieren. Trotzkis Glauben, dass es in den 30er Jahren möglich war Massenparteien aufzubauen, führte ihn dazu andere kommunistische Gruppen die sich in Opposition zum Stalinismus befanden zu ignorieren ( Darunter unsere politischen Vorläufer der Fraktion der Kommunistischen Linken) Er konnte nicht akzeptieren, dass der Weg zur Wiederbelebung einer Klassenbewegung ein äußerst langwieriger sein würde, und dass die wichtigste Aufgabe in diesem Prozess der Aufbau einer neuen proletarischen Organisation sei, die sowohl die positiven wie die negativen Aspekte der Russischen Revolution in Betracht zog. Er war in den 20er Jahren zu sehr in den Aufbau des russischen Staatsapparats verstrickt, um hierbei einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Heute wird die chronische Unfähigkeit ein kommunistisches Programm zu verteidigen in der politischen Praxis der diversen trotzkistischen Gruppen offenbar. Ihre opportunistischen Manöver und Bündnisse mit Sozialdemokraten, Islamisten, Nationalisten und anderen bürgerlichen Kräften zeigen einmal mehr wieweit sich diese Strömung von der marxistischen Perspektive der Befreiung des Proletariats verabschiedet hat.

### **Die Kommunistische Linke**

Die historische Sackgasse des Stalinismus hat uns ein schweres Erbe hinterlassen. Es hängt wie ein Mühlstein um den Hals eines jeden Revolutionärs, der die Frage einer neuen Gesellschaft aufwirft, die die Menschheit von der Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus befreit. Die Art und Weise wie die bolschewistische Partei mit dem Proletariat in Gegensatz geriet und letztendlich ein neues staatskapitalistisches Regime errichtete, macht es heute für viele Kommunisten nicht leicht die Notwendigkeit einer neuen revolutionären Partei auch nur zu erwähnen. Gleichwohl ist es an der Zeit sich von oberflächlichen Betrachtungsweisen freizumachen und zu verstehen, dass die Funken revolutionären Bewusstseins die unter kapitalistischen Bedingungen entstehen nur in einem organisatorischen und politischen Rahmen Gestalt annehmen können. Es gibt keine andere Möglichkeit es sei denn man gibt sich dem defätistischen Optimismus derjenigen (z.B. der Rätekommunisten) hin, die argumentieren, dass durch Spontaneität alles möglich sei. Die Geschichte hat diese Sichtweise mehrfach widerlegt. Während der berühmten roten Jahre (1919-1920) in Italien

gelang es den spontanen Kämpfen der Klasse bspw. nicht den Staat ernsthaft herauszufordern und ein sozialistisches Bewusstsein zu verallgemeinern. Vielmehr fiel die Bewegung in die verheerende Ideologie der Selbstverwaltung (unter kapitalistischen Bedingungen) zurück, was ihre Niederlage letztendlich besiegelte.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt über den Prozess einer zukünftigen Revolution zu reden erscheint notgedrungen etwas abstrakt. Die globale Krise hat noch nicht die Reaktionen der Klasse hervorgerufen, die einige vielleicht erwartet hätten. Die Entstehen und von Klassenbewusstsein ist jedoch keine pure Reflexreaktion. Es setzt materielle Faktoren sowie die Reflexion über die Gründe dieser Faktoren voraus. In den letzten 30 Jahren hat es die herrschende Klasse geschafft die Industrielandschaft in den Kernländern grundlegend umzustrukturieren, während in den Ländern der Peripherie regelrechte Tretmühlen verschärfter Ausbeutung errichtet wurden (z.B. die sog. Maquiladoras) Derartige Spaltungslinien in der Klasse erschweren natürlich ihre Konstituierung als globaler revolutionärer Widersacher gegen das System. Die Klasse war jedoch schon immer gespalten. Entgegen den Vorhersagen vorgeblicher Revolutionäre die sie deshalb als revolutionäres Subjekt abschreiben, hat sie es jedoch immer wieder geschafft das System herauszufordern. Die Kommunistische Linke hat sich stets bemüht die Ausgangsbedingungen und Perspektiven einer Wiederbelebung der Klassenkämpfe zu analysieren und zu verstehen.

Mit dem Ende des Nachkriegsbooms Ende der 60er Anfang der 70er Jahre wurden die Ideen der Kommunistischen Linken wieder mit neuem Leben gefüllt. Neue kommunistische Gruppen entstanden die ein schwaches aber dennoch reales Wachstum verzeichnen konnten. Ein Ausdruck dieses Prozesses war die Organisation der Internationalen Konferenzen der Kommunistischen Linken, die jedoch zu einem Zeitpunkt stattfanden, wo die Ende der 60er Jahre ausgebrochene Welle von Klassenkämpfen ihren Zenit bereits überschritten hatten. Dies spiegelte sich auch in den Diskussionen der Konferenzen wieder. Es gab wenige konkrete Kämpfe die einen Impetus für die Diskussion geben konnten, was letztendlich auch wesentlich zum Scheitern dieser initiative beitrug. Ein Meinungsunterschied der während der Konferenzen und darüber hinaus zutage trat, war die Frage der revolutionären Organisation und das Klassenbewusstsein. In den drei Konferenzen konnte in dieser Frage keine Einigung erzielt werden und die Diskussionen liefen zunehmend ins Leere. Einige zeigten sich angesichts eines solchen angeblich kleinlichen „Gezänks“ zwischen Revolutionären enttäuscht. Aber eine solche Haltung unterschätzte die Notwendigkeit von Debatten. Ohne scharfe Debatte wird keine Klärung möglich sein, die es uns ermöglicht ein tragfähiges Programm zur Überwindung des Kapitalismus zu entwickeln. Angesichts eines immer noch relativ niedrigen Niveaus der Klassenauseinandersetzung sind die Spielräume für revolutionäre Aktivität derzeit begrenzt. Das bedeutet nicht dass Revolutionäre mit verschränkten Armen auf den großen Tag X warten sollten. Diesen großen Tag X wird

es nie geben, wenn diejenigen die sich heute als Kommunisten begreifen nicht da, wo immer dies möglich ist, für einen revolutionäre Perspektive kämpfen. Eine neue revolutionäre Weltpartei muss schon vor einem revolutionären Ausbruch konkrete organisatorische Formen angenommen haben. Deswegen sehen es die Gruppen des Internationalen Büros als ihre Aufgabe an, einen in dieser Hinsicht einen Beitrag zu leisten. Wie wir immer wieder wiederholen, behaupten wir nicht die Partei zu sein noch sehen wir uns als den einzigen Kern oder Nukleus

einer zukünftigen Weltpartei. Stattdessen versuchen wir als Bezugspunkt für all jene zu fungieren, die an einer kommunistischen Alternative zum kapitalistischen System arbeiten. All jene, die die Notwendigkeit einer revolutionären Partei bestreiten, und der Perspektive der Umgruppierung der Revolutionäre in einer neuen internationalistischen Organisation ablehnend gegenüberstehen, tragen nach unserer Meinung nicht unerheblich dazu bei, die Dominanz der bürgerlichen Ideologie über die Klasse zu zementieren.

## **Die Italienische Kommunistische Linke – Ein kurzer Abriss über ihre Entstehung und Entwicklung**

Der Begriff „*Kommunistische Linke*“ ist heute etwas verwirrend. Die Gruppen des Internationalen Büros benutzen ihn nicht häufig. Vielmehr ziehen wir es vor und uns als „*Internationalisten*“ zu bezeichnen. Wir versuchen auch den Begriff „*Italienische Linke*“ nach Möglichkeit zu vermeiden, weil auch er zu noch mehr Verwirrung führen kann. In der „*Italienischen Linken*“ gibt es drei Komponenten die Internationalistische Kommunistische Partei- *Battaglia Comunista* ( die wichtigste Gruppe des IBRP), die Französische Kommunistische Linke ( der Vorläufer der IKS) und die Bordigisten ( die mittlerweile in viele Gruppen aufgesplittert sind aber ihren Ursprung in *Programma Comunista* hatten. Für uns besteht eine der größten Konfusionen die heute herumgeistern darin, dass die Tradition der Italienischen Linken des Öfteren mit Bordiga und dem Bordigismus identifiziert wird. Die Ideen der Italienischen Linken hatten in zwei Perioden einen großen Anklang: 1919-1924 und in etwas geringerem Maße 1943-1949.

### **Gründung und Kampf um die Kommunistische Partei**

Fangen wir mit der ersten Periode nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution an. Die große Schwierigkeit in Italien bestand darin, eine Kommunistische Partei zu formieren, die sich der 1919 gegründeten Dritten Internationale hätte anschließen können. Das Problem mit dem die Linke konfrontiert war, waren die vielen Konfusionen in der PSI unter Führung Serratis, der faktisch die Option eines Anschlusses an die Dritte Internationale in den Raum stellte, ohne jedoch konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Dazu kam noch dass der PSI bis zum Kriegseintritt Italiens 1915 in der Lage war, bezüglich des Krieges eine „*Weder-Noch-Position*“ einzunehmen. Dies gab vielen Konfusionen Auftrieb und erschwerte die Entwicklung einer internationalistischen Linken. Nach dem Krieg wurde Italien von einer Welle des politischen Aufruhrs erschüttert. Die Arbeiter traten zu tausenden in den Streik traten und besetzten die Fabriken. Diese Periode wurde später als „*biennio rosso*“ - die zwei roten Jahre bekannt. Allerdings existierte keine Klassenpartei die diese Kämpfe auf einen Angriff auf den

Staat hätte konzentrieren können. Die Arbeiter bleiben in den besetzten Betrieben, während die herrschende Klasse abwartete bis die Bewegung sich erschöpfte. Zu dem Zeitpunkt als die Linke mit dem PSI brach, um 1921 in Livorno die Kommunistische Partei ins Leben zu rufen, war die Klassenbewegung vorbei und die Bourgeoisie wandte sich dem Faschismus zu. Der erste Generalsekretär der Kommunistischen Partei war der junge Amadeo Bordiga, der schon damals einen gewissen Hang zum Schematismus hatte. Einer seiner damaligen Fehler bestand darin, dass die von ihm geführte Fraktion das Hauptgewicht auf den Absentionismus (Wahlboykott) legte. Bordiga führte den Reformismus des PSI im Wesentlichen auf ihre parlamentarischen Privilegien zurück. In der Betonung des Absentionismus sah er daher das beste Mittel, die Reformisten aus der neuen Partei herauszuhalten. Um so größer war die Verwirrung als Bordiga auf dem Zweiten Weltkongress der Kommunistischen Internationale auf die Annahme der 21. Bedingungen bestand, die alle Kommunistischen Parteien darauf verpflichtete die Beschlüsse der Komintern als verbindlich anzuerkennen. Praktisch hatte dies zur Folge, dass auch die italienische Partei auf die Anwendung parlamentarischer und Gewerkschaftstaktiken verpflichtet wurde, was viele als einen Schritt rückwärts ansahen. Bordiga war jedoch davon überzeugt, dass eine zentralisierte Internationale vor allen anderen Vorrang hätte. Dies war auch die Grundlage seiner Kritik an der KAPD, bzw. den deutschen Linkskommunisten, die taktische Fragen zu einem Prinzip erhoben und über die Einheit und gemeinsame Aktion der Kommunisten stellten. Ihnen gegenüber erklärte er: „*Als Marxist bin ich in erster Linie Zentralist und erst dann Abstentionist.*“ Nach der Niederlage der revolutionären Bewegung verschärfte sich in Italien die Lage der Arbeiterklasse zusehends. Die Reaktion war auf dem Vormarsch. Gleichzeitig befand sich die Komintern im sichtbaren Zerfall. Auf ihrem Vierten Kongress 1922 wurde beschlossen „*Einheitsfronten*“ mit den gleichen sozialdemokratischen Parteien einzugehen, die den imperialistischen Krieg unterstützt, und die Arbeiteraufstände sabotiert und zerschlagen hatten. Für die Kommunistische Linke stellt die Annahme der Einheitsfrontpolitik ein Wendepunkt in der Geschichte

der Arbeiterklasse dar. Es ist eine der zentralen Positionen, die uns bspw. von allen trotzkistischen Strömungen unterscheidet. In Italien kontrollierte die Linke immer noch die Partei. Sie entwickelte die Konzeption einer „*Einheitsfront von unten*“ und versuchte andere kommunistische Parteien von dieser Vorgehensweise zu überzeugen. Die grundlegende Idee dabei war, dass Kommunisten auf Betriebsebene mit sozialdemokratischen Arbeitern zusammenarbeiten sollten ohne allerdings offizielle Bündnisse mit diesen Parteien einzugehen. Doch auch das war zuviel für das Exekutivkomitee der Komintern. Als Bordiga 1923 von der faschistischen Regierung inhaftiert wurde, nutzten sie die Chance um Gramsci als Parteisekretär einzusetzen. Unter ihm wurde die Partei „*bolschewisiert*“ und die Linke Schritt für Schritt aus zentralen Positionen entfernt. Bordiga beteiligte sich nicht aktiv am Kampf der Opposition, da er die zentrale Autorität des Exekutivkomitees der Komintern anerkannte. Allerdings hielt er auch nicht mit seiner Kritik über den Kurs der Partei und der Internationale hinter dem Berg. So unterstützte er auch die Bemühungen der Genossen, die mit der Plattform der „*Comitati di Intesa*“ (Entente-Komitee) eine grundlegende Kritik an der Degeneration der Partei übten und das Fiasko der Kominternpolitik auf den Punkt brachten:

„*Es ist falsch zu denken, dass der Einfluss der Partei in jeder Situation durch Notbehelfe und taktische Manöver ausgeweitet werden kann, da das Verhältnis der Partei zu den Massen zu einem großen Teil durch die objektive Situation bestimmt ist.*“

Zu den Unterzeichnern dieses Dokuments gehörten u.a. Onorato Damen und Francesca Grossi (Cecca), die sich später aktiv an der Gründung unserer italienischen Schwesterorganisation, dem *Partito Comunista Internazionale* beteiligten.

Das Exekutivkomitee der Komintern forderte den Ausschluss aller Unterstützer dieser Oppositionsplattform. Doch obwohl viele Mitglieder der Italienischen Linken durch Gramsci aus allen Funktionen entfernt wurden, setzte sie ihren politischen Kampf gegen die Degeneration der Partei fort. 1926 spitzte sich dieser Kampf zu. In seiner letzten Rede vor der Komintern griff Bordiga Stalin scharf an, kritisierte die Abkehr von den internationalistischen Prinzipien und die Behandlung Trotzkis. Im Vorfeld des Kongresses der italienischen Partei wurden alle der Linken zugeordnete Funktionäre von Gramsci darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie ihre Ämter und Funktionen verlieren würden, wenn sie nicht für seine Resolutionen stimmten. Unter diesem Druck gaben einige nach, so dass die Linke weiter in die Isolation geriet. Die Linke wurde nun aus der Partei ausgeschlossen und viele ihrer Militanten mussten vor den Faschisten ins Exil nach Frankreich oder Belgien fliehen. Onorato Damen blieb in Italien. Er wurde mehrere Male verhaftet und war sowohl während des Spanischen Bürgerkrieges als auch während des Zweiten Weltkrieges inhaftiert. Auch Bordiga blieb in Italien, zog sich jedoch vollständig ins Privatleben zurück und konnte als Ingenieur in Neapel seinem Beruf nachgehen. Bis 1945 spielte er in der politischen Aktivität keine Rolle mehr.

## **Die Fraktion der Kommunistischen Linken**

1928 konstituierten sich die Mitglieder der italienischen Linken auf einer Konferenz in Pantin als „*Fraktion der italienischen Kommunistischen Linken*“. Sie gaben die Zeitschriften *Prometeo* und später *Bilan* (Bilanz) heraus. Gleichwohl war die Fraktion alles andere als homogen, was angesichts der Umstände auch schwer möglich war. Unsere Genossen befanden sich mitten in einem konterrevolutionären Prozess. Das Problem bestand darin, dass Ausmaß die Ursachen und die Gründe für diesen Prozess zu verstehen. Der Krieg in Spanien führte zu ernsthaften Meinungsunterschieden in der Fraktion. Eine Minderheit der Genossen dachte, durch eine Beteiligung auf der republikanischen Seite diesen Krieg in einen revolutionären kommunistischen Kampf umwandeln zu können. Diese Genossen, die in den Milizen der POUM kämpften, mussten unter großen Opfern einsehen, dass es unmöglich war in diesem Vorspiel eines imperialistischen Krieges die Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen. Die große Leistung der Genossen der Mehrheit, die die Zeitschrift *Bilan* herausgaben bestand darin, zu verstehen wie mit der Ideologie des Antifaschismus versucht wurde, die Arbeiterklasse für die Unterstützung eines imperialistischen Lagers zu gewinnen.

Gleichwohl tauchten in der Gruppe um *Bilan* weitere Meinungsverschiedenheiten auf. Während bspw. ein Teil der Gruppe die Möglichkeit bestritt den Klassencharakter der UdSSR genau zu definieren, gingen andere davon aus, dass die Politik von Partei und Staat der Ausdruck einer sozialen wie politischen Konterrevolution sei. Während der Staat nicht mehr als proletarischer Halbstaat (Lenin – Staat und Revolution) anzusehen sei, habe die Partei die Klassenlinie überschritten und fungiere als herrschende Klasse gegen das Proletariat.

Ebenso traten in der Gruppe um *Bilan* Unklarheiten über die Rolle des Staates in der Übergangsperiode zutage. Ein weiteres Problem war die Analyse der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus. Ein Genosse der Fraktion, Mitchel, ging in seinen Texten davon aus, dass Luxemburgs ökonomische Theorie die einzige Erklärung für die kapitalistische Krise sei, was zu desaströsen Fehleinschätzungen führte. Die Annahme, dass es dem Kapitalismus möglich sei durch Rüstungsproduktion aus der Depression herauszukommen, führte zu der falschen Schlussfolgerung, dass ein weiterer imperialistischer Krieg vermieden werden könnte.

Die Fraktion stellte die Herausgabe von *Bilan* schließlich ein und gab die Zeitschrift *Octobre* heraus, von der nur ein halbes Dutzend Ausgaben in den letzten Friedensmonaten erschienen. Es ist kein Wunder, dass die im Exil agierende linke Fraktion durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges faktisch paralysiert wurde. Einige Mitglieder der Fraktion wurden von den Stalinisten, andere von den Faschisten ermordet. Im faschistischen Italien gelang es jedoch der Linken trotz heftiger Repression im Untergrund zu überleben.

## **Die Gründung des *Partito Comunista Internazionale***

Mit dem Zusammenbruch des Mussoliniregimes eröffneten sich neue Spielräume für klandestine Aktivitäten. Onorato Damen, Stefanini und andere nutzten diese Möglichkeiten, um unter großen Sicherheitsvorkehrungen den *Partito Comunista Internazionale* ins Leben zu rufen. Die ersten Ausgaben einer neuen Serie von *Prometeo* sowie mehrere Flugblätter wurden herausgegeben. Gegen den Strom schwimmend vertrat die PCInt in ihren Publikationen einen kompromisslosen revolutionären Defätismus. So hieß es bspw. in der Ausgabe von *Prometeo* vom 1. November 1943: *Gegen die Losung des nationalen Krieges, die die italienischen Arbeiter gegen die deutschen und englischen Proletarier in Stellung bringt, setzen wir die Losung der kommunistischen Revolution, die die Arbeiter der ganzen Welt gegen ihren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus vereint.*“ Viele Genossen die aus dem französischen oder belgischen Exil heimkehrten schlossen sich dem PCInt an. Lediglich die kleine *Gauche Communiste de France* lehnte einen Beitritt ab und stellte 1952 ihre Aktivitäten ein.(1)

Der PCInt setzte die Arbeit von Bilan fort, konnte jedoch alte Konfusionen überwinden. Aus den Erfahrungen der Klassenbewegungen zog sie im Wesentlichen folgende Schlussfolgerungen:

- 1) Rosa Luxemburg und nicht Lenin hat in der nationalen Frage Recht behalten
- 2) Die alten Kommunistischen Parteien sind keine zentristischen Formationen sondern bürgerliche Apparate.
- 3) Es gibt keine Perspektive die Gewerkschaften im proletarischen Sinne wieder zu erobern. Neue Strategien des Klassenkampfes sind notwendig, um die täglichen Kämpfe der Klasse mit dem umfassenden Kampf für den Kommunismus zu verbinden.
- 4) Die UdSSR (und andere stalinistische Staaten) sind staatskapitalistische Länder.
- 5) Die Partei kann und darf die Aktion der Klasse nicht ersetzen, bzw. stellvertretend für sie handeln: *“Die Kommunistische Partei kann nicht die Macht übernehmen und im Namen des Proletariats ausüben, weil das Proletariat seine historische Mission an keinen noch so mächtigen Bevollmächtigten delegieren kann, nicht einmal an seine politische Partei.”* (Thesen der Tendenz um Onorato Damen auf dem Kongress des PCInt 1952)

Bordiga, der sich während der Periode des Faschismus und des Krieges aus der politischen Aktivität zurückgezogen hatte, trat dem PCInt niemals offiziell bei. Allerdings verfasste er einige Beiträge für die Presse des PCInt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der PCInt in ganz Italien ca. 5000 Mitglieder sowie einige Unterstützer in Frankreich, Belgien und den USA. Nach dem Abflauen der Streikwelle und der Konsolidierung der bürgerlichen Republik traten 1948 die alten Differenzen der Fraktion wieder zutage. Bordiga, der wie schon erwähnt niemals Mitglied des PCInt war, trug erheblich dazu bei Konfusionen zu verstärken. Mit der Unterstützung von Vercesi, Maffi und anderen gelang es ihm drei Jahre später den

PCInt zu spalten. 1952 rief er seine eigene Organisation ins Leben die Internationale – nicht Internationalistische – Kommunistische Partei um die Zeitschrift *Programma Comunista*. Die methodologischen und politischen Differenzen die dieser Spaltung zugrunde lagen waren folgende:

*Die Charakterisierung des Imperialismus:* Bordigas Gruppe bestand darauf, dass in einigen „rückschrittlichen“ Gebieten der Welt der nationale Kampf Teil der, wie Bordiga es nannte, antiimperialistischen Bewegung der „farbigen Völker“ sei.

*Die Gewerkschaftsfrage:* Bordiga bestand darauf, dass man nur durch Einfluss in den Gewerkschaften auch Einfluss auf die Arbeiterklasse haben könnte.

*Das Verhältnis zwischen Partei und Klasse:* Bordiga (der ein andere Bordiga als in den 20er Jahren war) vertrat die Position, dass man nicht von einer Klasse sprechen könne, wenn keine politische Partei existiere. Mit dem Argument dass die Partei die Klasse voraussetzt, wurde Marxens Unterscheidung zwischen „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ faktisch über den Haufen geworfen. Die logische Schlussfolgerung dieser Sichtweise ist, dass die Partei die Revolution alleine bzw. stellvertretend für die Klasse mache.

*Die Einschätzung des Stalinismus:* Bordiga weigerte sich die UdSSR als staatskapitalistisches Gebilde anzusehen. Gleichzeitig hatte er jedoch keine klare Position um was für eine Gesellschaftsform es sich sonst handeln soll. Faktisch entwickelte er im Laufe seines Lebens zu diesem Problem verschieden Positionen.

*Die Frage der sog. „historischen Invarianz“:* Die letzte Verzerrung des Marxismus stellte Bordigas Behauptung dar, dass das kommunistische Programm seit 1848 invariant, d.h. faktisch unveränderliche Gültigkeit habe. Eine Theorie die nahezu alle Erfahrungen die das Proletariat in seinem langen Emanzipationskampf gesammelt hat über den Haufen wirft und im starken Kontrast zur Methode von Marx und Engels steht, die ihre Vorhersagen und Positionen im Lichte der proletarischen Erfahrung stets weiterentwickelten und korrigierten.

Die von Bordigas Anhängern ins Leben gerufenen Gruppe *Programma Comunista* spaltete sich im weiteren Verlauf mehrere Male. Jede dieser aus den Spaltungen hervorgegangenen Gruppen nimmt für sich in Anspruch, die einzig wirkliche Klassenpartei zu sein, so dass es in Italien derzeit mehrere Internationale Kommunistische Parteien aber nur eine Internationalistische Kommunistische Partei (den PCInt mit der Zeitschrift *Battaglia Comunista*) gibt.

Wie andere Gruppen auch verlor der PCInt im Zuge des Nachkriegsbooms und der Stabilisierung des Kapitalismus einen Großteil seiner Mitglieder. Als dieser jedoch zu Ende ging, setzte sich im PCInt die Erkenntnis durch, dass eine neue Situation entstanden sei, mit den durch die Jugendrevolte weltweit entstandenen neuen kommunistischen Gruppen in Tuchfühlung zu gegen. Dazu gehörte auch die *Communist Workers Organisation* die im September 1975 gegründet wurde und sich damals eher am Rätekommunismus orientierte. *Battaglia Comunista* veröffentlichte eine umfangreiche Kritik an der Platt-

form der CWO. Obwohl die CWO diese Kritik als sehr solidarisch und schlüssig empfand, war sie noch nicht bereit die Schlussfolgerungen dieser Kritik zu akzeptieren. Von der IKS hatte sie gehört, dass der PCInt eher „bordigistisch“ sei und war daher äußerst skeptisch und zurückhaltend. Als die PCInt 1977 die Internationale Konferenzen der Kommunistischen Linke initiierte, nahm die CWO die Einladung zur Teilnahme jedoch mit großem Interesse an.

### **Die internationalen Konferenzen der Kommunistischen Linken**

Die CWO war unabhängig vom PCInt zu ähnlichen Positionen und Einschätzungen zum Verständnis der kapitalistischen Krise gelangt. Beide Organisationen vertraten die Einschätzung, dass der Akkumulationszyklus der Nachkriegszeit 1971 zu einem Ende gekommen war. Ebenso stimmten beide Organisationen in der Einschätzung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus überein. Ausgehend von der Kritik die der PCInt 1975 an der Plattform der CWO geübt hatte, kam es auch zu Übereinstimmungen in der Frage der Partei. In der nationalen Frage, der Einschätzung der Gewerkschaften, des Klassencharakters der UdSSR, der Sozialdemokratie etc. vertraten beide Organisationen mehr oder weniger ähnliche Positionen wie die IKS. Gleichwohl traten unterschiedliche Einschätzung der politischen Perspektiven sowie methodologische Differenzen auf. In Kombination mit der Kernfrage der Partei führte dies letztendlich zum Scheitern der dritten Konferenz 1980. Die ersten Beiden Konferenzen standen im Zeichen der politischen Konfrontation zwischen der IKS und dem PCInt. Obwohl sich auch andere Gruppen an der zweiten Konferenz beteiligten wurde auch hier die Diskussion von diesen beiden Protagonisten bestimmt. Erwartungsgemäß blieb die Debatte der dritten Konferenz steril. Der PCInt stand nun vor der Wahl in einer Art Endlosschleife mit der IKS über dieselben Differenzen zu diskutieren oder etwas aus den Konferenzen mitzunehmen. Folglich fokussierte der PCInt die Debatte auf das sog. „*siebte Kriterium*“ – die Frage der aktiven Rolle der Partei im revolutionären Prozess. Die IKS konnte dies zu diesem Zeitpunkt nicht akzeptieren, da ihre Konzeption der Partei faktisch die eines Vortänzers ist, der die Arbeiterklasse von außen ermutigt, während der PCInt darauf beharrt, dass die Partei Teil der Klasse sein muss, und als solcher nicht nur propagandistisch sondern auch praktisch und organisatorisch agieren muss. Mit Ausnahme von Battaglia Comunista, der CWO und der IKS verschwanden die meisten Gruppen die an den Konferenzen teilgenommen hatten mit der Zeit in der Versenkung. Aufgrund ihrer offenkundigen Konfusionen in der Organisationsfrage erlitt die IKS in den 80er Jahren eine Reihe von Spaltungen in deren Verlauf sich Gruppen mit einer eher rätekommunistischen und organisationsfeindlichen Orientierung von der IKS absetzten. Das IBRP unterhält mit diesen Ex-IKS-Gruppen keine engen Be-

ziehungen, weil wir der Meinung sind, dass sie politisch wie auch organisatorisch einen Schritt zurück hinter die IKS darstellen. Gleichwohl hat die IKS trotz des Weggangs eher rätekommunistisch orientierter Elemente bis heute keine sichtbaren Anstalten gemacht, ihre Position bezüglich der Partei zu überdenken.

### **Die Gründung des Internationalen Büros**

1982 organisierte der PCInt, die CWO und die iranische Gruppe SCUM (Supporters of the Unity of Communist Militants) eine weitere vierte Konferenz. Auch diese Konferenz erwies sich als Misserfolg. Die SCUM hatte noch nicht mit ihren linksbürgerlichen Wurzeln gebrochen und sollte später die Kommunistische Partei des Irans auf der Grundlage eines bizarren „*humanisierten*“ Stalinismus ins Leben rufen. In dem Versuch die politischen Widersprüche der SCUM zu überwinden konsolidierten sich jedoch die methodologischen Gemeinsamkeiten zwischen PCInt und CWO. Aufgrund der Erfahrungen der Konferenzen kamen CWO und PCInt überein, dass es an der Zeit war einen qualitativen Schritt vorwärts in der Diskussion zwischen Revolutionären zu machen. Aus diesem Schritt ging 1983 das *Internationale Büro für die revolutionäre Partei* (IBRP) hervor. Seitdem ist das Büro im äußerst bescheidenen Maße gewachsen und verfügt heute neben CWO und PCInt über Organisationskerne in Kanada, den USA, Deutschland und Frankreich sowie einige assoziierte Genossen in Lateinamerika. Wie wir immer wieder hervorheben behaupten wir nicht die Partei zu sein, noch geben wir vor selbst der Kern dieser zukünftigen Partei zu sein. Wir betonen jedoch die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen internationalistischen und internationalen revolutionären Weltpartei. Da diese nicht vom Himmel fallen wird, erfordert dies eine praktische Vorarbeit: die internationale Diskussion, Intervention und Organisation der Revolutionäre. Wir gehen davon aus, dass in den zukünftigen Kämpfen der Klasse neue Elemente hervorbringen werden, die bestimmte Fragen und Themen in neuer Art und Weise angehen. Wir hoffen die richtigen Mittel und Wege zu finden, um mit diesen Elementen in Diskussion und Tuchfühlung zu gehen, um so substantielle Schritte nach vorn zu machen.

(1) Sie waren der Meinung, dass die Zeit für eine neue Partei noch nicht reif wäre, weil die politische Periode immer noch konterevolutionär sei. Vielmehr war die GCF um Marc Chirik der Auffassung, dass ein weiterer noch zerstörerischer Krieg auf der Tagesordnung stünde. 1952 löste sie sich auf und Marc Chirik wanderte nach Venezuela aus, um dort „*die Ideen zu retten*“. Erst 1967 kehrte er nach Frankreich zurück um sich an der Gründung der Gruppe *Revolution Internationale* und 1975 der *Internationalen Kommunistischen Strömung* (IKS) zu beteiligen.



Im Folgenden dokumentieren wir die politischen Grundsatzpositionen der Allianz Revolutionärer Sozialisten (ARS), einer neuen internationalistischen Gruppe in Russland mit der wir in Kontakt und Diskussion stehen. Wir wünschen den Genossen der ARS bei der Entwicklung ihrer Aktivitäten viel Erfolg und freuen uns auf weitere Diskussionen und Zusammenarbeit.

## Wer wir sind:

### Thesen der Allianz Revolutionärer Sozialisten (Russland)

Wir kämpfen für die Zerstörung des Kapitalismus. Wir kämpfen für den Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Privateigentum, Klassen, Staaten, Lohnarbeit, Geld, Warenproduktion, einer Gesellschaft die auf Kooperation und nicht auf antagonistischer Konkurrenz beruht. Wir sind der Meinung dass:

1. Der Kommunismus nur durch eine proletarische Revolution erreicht werden kann, einer Revolution der Unterdrückten der Klassengesellschaft, derjenigen die von der politischen und ökonomischen Macht ausgeschlossen sind.

2. Die Revolution erfordert die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats (Bürokratie, Polizei usw.) durch den proletarischen Aufstand, die kollektive Enteignung des kapitalistischen Eigentums und die totale Sozialisierung der Produktion.

3. Nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats wird das Proletariat niemanden anders die Macht übertragen. Die ganze Macht wird von den Massenversammlungen ausgehen. Ein Ansteigen der Freizeit wird es jedem ermöglichen, sich am sozialen Entscheidungsprozess zu beteiligen.

4. Als Konsequenz der Revolution und der Sozialisierung des Produktionsprozesses wird die Produktion durch die Massenversammlungen kontrolliert und auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgerichtet werden.

5. Die Diktatur des Kapitals beherrscht alle Nationen der Welt in der Form des bürgerlichen Staates unabhängig davon welche spezifische Form er annimmt. Die parlamentarische Demokratie ist nur die demokratische Maske dieser Diktatur. Jeder Versuch der unterdrückten Klasse der Proletarier nach den Regeln der Unterdrückten zu spielen kann nur zur Niederlage und Demoralisierung führen. Deshalb kann keine emanzipative proletarische Bewegung eine bürgerliche Fraktion gegen die andere unterstützen, eine Form der Diktatur gegen die andere verteidigen (bspw. die Demokratie gegen den Faschismus) oder sich an den schändlichen bürgerlichen Wahlen beteiligen.

6. Die Geschichte hat gezeigt, dass nationale Ungleichheit und Unterdrückung die natürliche Konsequenz der Existenz und des Funktionierens bürgerlicher Staaten sind. Der Kampf nationaler Befreiungsbewegungen für das Recht auf Selbstbestimmung kann die nationale Ungleichheit und Unterdrückung nicht beseitigen, sondern nur dazu führen, dass die Proletarier als Kanonenfutter in den Auseinandersetzungen bürgerlicher Cliquen enden. Die einzig mögliche Überwindung nationaler Ungleichheit und Unterdrückung ist die totale Zerstörung aller Nationalstaaten und Grenzen und die Errichtung der globalen Macht der kollektiven Versammlungen.

7. Die heutigen Gewerkschaften sind nicht mehr und nicht weniger als ein bürgerliches Hindernis für das Proletariat, ein Instrument der Unterordnung des proletarischen Kampfes unter die bürgerlichen Interessen. Alle Versuche die bestehenden Gewerkschaften zu verändern oder neue radikale Gewerkschaften zu gründen sind zum Scheitern verurteilt und können nur zur Demoralisierung und niederschmetternder Desillusionierung führen. Unsere Aufgabe ist es allen Proletariern – sowohl jenen die in der Gewerkschaft sind als auch jenen die es nicht sind – zu verdeutlichen, dass die Befreiung der Unterdrückten in den Händen der Unterdrückten selber liegt, und dies nicht an Gewerkschaftsbürokratien, parlamentarische Zankhähne oder legalistische Umstandschrämer delegiert werden kann. Das Kampfmittel der Befreiung ist die direkte Aktion (Streiks, Blockaden) und nur in diesem Kampf kann die unterdrückte Klasse Solidarität und Klassenbewusstsein entwickeln und Erfahrungen in Selbstorganisation und Selbstverwaltung sammeln. Dieses sind notwendige Voraussetzungen für die Revolution.

8. Unter den heutigen Bedingungen ist die einzige effektive und emanzipative Aktions- und Organisationsform die Vollversammlung der Arbeiter. Unser Ziel ist die Schaffung einer revolutionären Organisation, die den Kampf um spezifische von den Vollversammlungen aufgestellte Forderungen mit dem Kampf für die soziale Revolution verbindet.

9. Da die Macht in der UdSSR und ähnlicher Staaten in den Händen eines Unterdrückers, der Staatsbourgeoise war, blieben die unterdrückten Proletarier macht- und eigentumslose Lohnsklaven. Diese Gesellschaften waren nicht sozialistisch sondern Gesellschaftsformen des Staatskapitalismus, die auf Lohnarbeit und Warenproduktion basierten. Alle Organisationen die für eine Restauration dieser Gesellschaften eintreten, verteidigen in Wirklichkeit ein alternatives System der Ausbeutung und sind somit Feinde der proletarischen Emanzipation.

10. Der Sozialismus in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern ist unmöglich. Er lässt sich nur als globales System und als Konsequenz einer globalen Revolution verwirklichen. Die Zerstörung des globalen kapitalistischen Systems ist nur durch die gemeinsame Anstrengung der unterdrückten Klassen vieler, wenn nicht aller Länder zu erreichen.

11. Der moderne Patriotismus ist eine reaktionäre Ideologie der herrschenden Klasse die auf den Erhalt des Systems der Ausbeutung und Lohnsklaverei abzielt. Es ist die Pflicht eines jeden klassenbewussten Proletariers Patriotismus und Chauvinismus in jeder Form zu bekämpfen. Das Proletariat hat kein

Vaterland! Kein Krieg zwischen den Völkern! Kein Frieden zwischen den Klassen!

12. Das perspektivische Ziel Revolutionärer Sozialisten ist die Gründung einer neuen Internationale die durch ihre Aktivitäten und ihr Beispiel den Kampf des globalen Proletariats initiieren und vereinigen kann. Die Losung dieser neuen Internationale muss lauten:

**Ausgebeutete und Unterdrückte aller Länder vereinigt Euch!**

**Alle Macht der Weltcommune!**

**Allianz Revolutionärer Sozialisten (Russland)**

Im Folgenden dokumentieren wir einen Text der Genossen der ASR (Allianz Revolutionärer Sozialisten) Zwar haben wir einige politische Differenzen in der Darstellungsmethode und Analyse der wichtigen Revolte im ukrainischen Cherson im Februar dieses Jahres, dennoch gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten. So begrüßen wir die Kritik der Trotzisten und Stalinisten. Die ASR strebt eine Synthese „des revolutionären Marxismus, proletarischen Anarchismus (Bakunin, FORA) und dem revolutionären Narodnischestvo“ an, und lehnen den „Marxismus“ ab. Unter „Marxismus“ verstehen sie jedoch nicht die Ideen von Karl Marx, sondern deren Verbalhornung durch die Sozialdemokratie. Wir können einer solchen Kritik zwar zustimmen, der Terminologie jedoch nicht ganz folgen. Ebenso bezweifeln wir, dass solch eine Synthese möglich ist. Dieses Thema wird jedoch Gegenstand weiterer Diskussionen sein.

## Requiem auf die Verstaatlichung

Die gegenwärtige weltweite Krise des Kapitalismus hat eine Welle proletarischer Proteste hervorgerufen und wird dies auch unweigerlich in der Zukunft tun. In der GUS war die Arbeiterrevolte in der Maschinenfabrik von Cherson diesen Februar ein erstes Anzeichen dafür. Mittlerweile ist klar, dass die reaktionäre „Partei der Regionen“ den Arbeiterkampf unterdrücken konnte, weshalb es an der Zeit ist, die Gründe für diese Niederlage zu analysieren. Wir müssen aus Fehlern lernen. Um zukünftige Kämpfe in der GUS und der restlichen Welt vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, müssen wir die Schlüsselfaktoren die zu dieser Niederlage geführt haben herausstellen.

### Die Revolte in Cherson. Was sie war und wie sie endete

Am 2. Februar marschierten die Arbeiter der Maschinenbaufabrik von Cherson über die Hauptstraße (die Ushakov Strasse) zur regionalen Verwaltung, um den Behörden ihre Forderungen zu übermitteln. Dazu gehörten u.a.

- Die Auszahlung ausstehender Löhne (in einem Volumen von 4.5 Millionen Grivnas)
- Die Nationalisierung der Fabrik ohne Entschädigungen
- Einen garantierten Absatzmarkt für die Produktion der sehr komplexen Landwirtschaftsmaschinen

Als sie erkannten, dass ihre Forderungen ignoriert wurden, stürmten sie am 3. Februar das Fabrikgelände und besetzten das Verwaltungsgebäude. Diverse Trotzisten und Stalinisten stellten das als eine Übernahme der ganzen Fabrik dar, aber in Wirklichkeit blieb der Werksschutz in der Fabrik. Es war bestenfalls eine Situation des Kräftegleichgewichts entstanden.

Am 9. Februar wurde in der Fabrik eine unabhängige Gewerkschaft aus der Taufe gehoben, die die alte Betriebszelle der FPU ablöste. Die neue Gewerk-

schaft „Petrovets“ trat der „Konföderation Unabhängiger Gewerkschaften der Ukraine“ bei, die von Herrn Wolynets geführt wird. Faktisch wurde sie damit zum Teil einer Struktur, die als verlängerter Arm des Timoshenko -Blocks dient. An dieser Stelle müssen wir näher auf die politische Situation in der Stadt eingehen. Die ukrainische Bourgeoisie ist gegenwärtig in ein „orangenes Lager“ (das lose Bündnis von Yushenko und Timoshenko) und ein „blauweißes Lager“ (die „Partei der Regionen“ von Yanukovich) gespalten. Der Eigentümer der Chersoner Maschinenfabrik, Herr A. Oleinik, ist ein bekanntes Mitglied der „Partei der Regionen“. Während die „Partei der Regionen“ die regionale Verwaltung von Cherson zu 60% dominiert, ist der Vorsitzende der Verwaltung der von Yushenko eingesetzte Boris Silenkov – ein „Orangener“. Dies gibt einige Anhaltspunkte über die internen Machtkämpfe der bürgerlichen Cliques um Cherson. Jede dieser Cliques versuchte aus der Arbeiterrevolte einen Vorteil zu ziehen. Im Endeffekt gelang es der stärkeren „Partei der Regionen“ die Kontrolle über die Arbeiter zu gewinnen, die Revolte zu beenden und dadurch zu einem Werkzeug in ihren Händen zu machen. Die Interessen von Herrn Oleinik sind derweil auch klar – die Arbeiter als Hebel zu benutzen, um aus der staatlichen Schatztruhe Zahlungen, Kredite und Subventionen zu erhalten. Damit war er erfolgreich. Am Morgen des 13. Februar stellten Vertreter der „Partei der Regionen“ zwei Mähmaschinen vor das regionale Verwaltungsgebäude, um so einen „blauen Maidan“ (1) zu initiieren um Silenkov abzusetzen. Die Betriebsgruppe der Gewerkschaft der Maschinenbaufabrik von Cherson stimmte einer Beteiligung zu. Die Trotzisten der Gruppe „Sozialistischer Widerstand“ schrieben dazu: „ Am 13. Februar erhielt Herr Oleinik zwei Millionen Grivnas von den lokalen Behörden. (...) Somit ist der einzige Gewinner der Fabrikbesitzer, der dank der Aktionen der Arbeiter eine beträchtliche Summe von den Behörden erhal-

ten hat. Es muss betont werden, dass diese Summe nicht aus einem Reservefonds stammt, sondern aus dem Haushalt der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, der Rentenkasse, der Sozialleistungen etc. gezahlt wurde.“

Ein von der Bourgeoisie gefeierter „sozialer Kompromiss“ wurde erreicht: Oleinik bekam das Geld und die Arbeiter das Versprechen ein wenig davon abzubekommen. Nach diesem „Kompromiss“ stellten die Arbeiter bzw. die Gewerkschaftsvertreter die in ihren Namen sprachen die Forderung nach Verstaatlichung auf.

Am 14. Februar wurde Oleinik von der Zeitschrift UKRINFORM (2) mit den Worten zitiert: ... die Belegschaft hat die Forderung nach Verstaatlichung zurückgezogen und sich mit mir verständigt die Leitung des Unternehmens wieder zu übernehmen. Nun werde ich für das Recht auf Arbeit und das Überleben des Unternehmens mit den Belegschaft gemeinsam kämpfen“

Etwas was die Trotzisten und Stalinisten für den Funken hielten, der die Ukraine in Flammen setze – und es war faktisch ein genuin proletarischer Protest wenn auch mit den falschen Forderungen und Perspektiven – stellte sich am Ende als profitables Geschäft eines Kapitalisten heraus. Und dies geschah genau aufgrund der falschen Perspektiven.

Die Forderung nach Verstaatlichung war logischerweise keine Forderung nach einer sozialen Revolution, sondern nach staatlichen Hilfen für ein kapitalistisches Unternehmen um sein Überleben durch den bürgerlichen Staat zu sichern. Und so lief auch alles darauf hinaus, dass eine Betrag von Steuergeldern, der „nicht aus einem Reservefonds stammt, sondern aus dem Haushalt der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, der Rentenkasse, der Sozialleistungen“ etc. an einen Kapitalisten ausgezahlt wurde. Wenn die Trotzisten und Stalinisten ernsthaft gehofft hatten, dass der bürgerliche Staat anders handeln könnte, zeigt das nur ihre eigene Kurzsichtigkeit.

Wir können also folgende Bilanz ziehen. Notleidende Arbeiter die über Monate keinen Lohn bekommen haben, nehmen einen kollektiven Kampf auf. Während des Kampfes stellen sie einige falsche Forderungen auf, werden dabei aber von Marxisten auf ihre Kosten voll unterstützt. Die bürgerliche Forderung (die angeblich Neoliberale in Angst und Schrecken versetzen soll) wird von einer bürgerlichen Clique sofort aufgegriffen. Innerhalb weniger Tage werden die Arbeiter zurückgeschlagen. Sie sehen zwar den Fehler in ihrer Forderung stehen jedoch weitgehend alternativlos da.

Während der Ereignisse in der Maschinenfabrik von Cherson stellten die Trotzisten und Stalinisten die Forderungen nach „Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle“ auf. Schauen wir uns an, ob diese Forderung der Stärkung proletarischen Klassenbewusstseins und revolutionärer Aktion dienlich ist, oder eher zur Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie und ihren Staat führt.

Was ist der grundlegende Unterschied zwischen der Forderung nach Verstaatlichung auf der einen Seite und dem Kampf für konkrete materielle Forderungen auf der anderen? Die Forderung nach Verstaatli-

chung, d.h. der Überführung des Unternehmens in Staatseigentums (bzw. des bürgerlichen Staates da es keinen anderen gibt) impliziert den Kampf für eine alternative kapitalistische Strategie, die Stärkung des Staatskapitals gegenüber dem Privatkapital. Jene die die Bourgeoisie zur Annahme dieser Strategie auffordern, agieren lediglich als bloße Ratgeber des Kapitals.

Gleichwohl werden einige fragen, warum man nicht für eine Form des Kapitalismus kämpfen sollte der den Arbeitern mehr Vorteile bringt. Müssen wir wirklich so ideologisch sein und immer die utopische Vision einer globalen sozialistischen Revolution betonen und dabei die unmittelbaren Bedürfnisse der Not leidenden Menschen ignorieren?

Unsere Antwort ist, dass wir nicht ideologisch sind, wenn wir den Reformismus zurückweisen. Wir tun dies nicht aufgrund utopischer Visionen, sondern aus der Feststellung heraus, dass die Vorstellung eines Kapitalismus der den Arbeiter materielle Vorteile bringen könne, in sich selber utopisch ist.

Um zu verstehen dass die Politik der Verstaatlichung den Arbeitern keine Vorteile bringt, muss man sich nur das heutige Russland anschauen. Unter Putins Herrschaft kam es zu einem Ansteigen des Interventionismus, zum Entstehen einer Bürokratie die die Pseudo- Oligarchen zähmte, zu einer Dominanz überwiegend staatlicher Unternehmen in den produktivsten Sektoren der Wirtschaft, wo Bürokratie und Business gemeinsam von der Armut der Massen profitieren. All dies führte weder zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, noch zu bürgerlichen Fortschritt. Nach 8 Jahren Wachstum hat die russische Wirtschaft noch nicht einmal das Niveau von 1990 erreicht. Es liegt nun auf der Hand, dass der Staatsinterventionismus unter Putins Herrschaft nicht den Interessen der arbeitenden Massen gedient hat, und nicht einmal eine fortschrittliche Modernisierung der russischen Wirtschaft erwirkt hat. Vielmehr hat er nur dem exzessiven Konsum der Ausbeuterklasse genützt, der zweiköpfigen Hydra des Bürokraten und Geschäftsmanns. (...)

Entgegen dem klassischen „marxistischen“ Konzept (3) ist der Staat weder ein neutrales Instrument noch ein Kampffeld der Herrschenden und Beherrschten, sondern von seiner ganzen Natur her ein Ausbeuter. Er ist keine entfremdete mysteriöse Einheit mit eigenen separaten Interessen, sondern setzt sich aus ganz konkreten Chefs, Bürokraten und Bullen zusammen die wiederum selber Ausbeuter und Unterdrücker sind und wiederum mit anderen Ausbeutern und Unterdrückern mit privatkapitalistischen Interessen verbunden sind. Auch unter dem Druck der proletarischen Massen kann diese ausbeutende Bande nie etwas anderes sein als sie ist. Selbst wenn sie den kämpfenden Massen bestimmte Zugeständnisse macht, tut sie das nur um den revolutionären Geist zu ersticken, durch Illusionen zu ersetzen und dann wieder die Zugeständnisse zurückzunehmen. Das Ziel der kommunistischen Bewegung besteht nicht darin den bürgerlichen Staat unter Druck zu setzen, sondern ihn zu zerstören. Dieses Ziel ist keine utopische Vision, sondern eine Bedingung für das Überleben der Menschheit.

Wir unterstützen nur Forderungen, die dem revolutionären Ziel nicht zuwiderlaufen. Wir unterstützen den Kampf von Arbeitern für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen unter der Maßgabe, dass ihre Kämpfe auf der Basis der direkten Kontrolle und Selbstorganisation geführt werden, wobei die Arbeiter eine neue Form der sozialen Beziehungen entwickeln, ohne auf die staatlich integrierten Gewerkschaften oder den Staat zu vertrauen. Nur in einem solchen Kampf können die Arbeiter verstehen, dass ihr Recht auf Leben durch das kapitalistische System bedroht wird, und dieses System zerstört werden muss. Nur in solch einem Kampf können die Arbeiter die Erfahrung der Selbstorganisation machen, die notwendig für die Zerstörung der alten Welt und die Errichtung einer neuen ist. Sowohl die Stalinisten wie die Trotzisten, die sich im Grunde nicht so sehr unterscheiden, rechtfertigen ihre Unterstützung der Verstaatlichungen damit, dass die Wiederherstellung eines funktionierenden Unternehmens, es den Arbeitern ermöglichen würde zu überleben. Dennoch können Verstaatlichungen auch wieder dazu führen, dass Unternehmen an einen privaten Investor verkauft werden (...) Es ist alles andere als sicher dass der bürgerliche Staat der Ukraine, der sich in einer permanenten Krise befindet, zu einer Sanierung aller möglichen Unternehmen fähig ist.

### **Arbeiterkontrolle: Warum sie nicht ausreicht**

„Bolschewiki- Leninisten“ rechtfertigen ihr Eintreten für Verstaatlichung, indem sie sie als Sonderfall darstellen, als „gute“ Verstaatlichung – eine unter Arbeiterkontrolle. Sie stellen die „Arbeiterkontrolle“ als einen wundersamen Tropfen Wein dar, der aus einem Kübel bürgerlichen Giftes ein süßes kommunistisches Gebräu macht. Wir sind bereits in einen anderen Text (...) auf das Problem der Arbeiterkontrolle eingegangen:

*“(...) Die Forderung nach Arbeiterkontrolle geht davon aus, dass die Besitz und Verfügungsgewalt über das Unternehmen (und der ganzen Gesellschaft) in den Händen der Bourgeoisie bleibt, während die Arbeiter lediglich die Geschäftsabläufe unmittelbar kontrollieren. Es liegt auf der Hand, dass die Bourgeoisie solange sie die Verfügungsgewalt hat, eine wirkliche Kontrolle der Arbeiter über diese nicht zulassen wird. Wenn jedoch andererseits die Arbeiter genügend Kraft haben, um die Kontrolle der Bourgeoisie zurückzudrängen, macht es keinen Sinn auf halben Wege stehen zu bleiben. Wozu Arbeiterkontrolle über die Machenschaften der Bourgeoisie, wenn diese komplett verdrängt werden kann? Deshalb ist die Forderung nach Arbeiterkontrolle unter den Bedingungen des absolutistischen Kapitalismus in den meisten Fällen unrealistisch und unter revolutionären Bedingungen absolut schädlich*

*Die Bourgeoisie wird auf die Forderung nach Arbeiterkontrolle nur in Ausnahmefällen eingehen und genau dann werden sich die Illusionen ihrer Befürworter zerschlagen. Die Besitzer des Unternehmens werden ihre Geschäftsgeheimnisse lüften und Rechnungsbücher mit dem Ziel vorlegen, die Arbeiter*

*davon zu überzeugen, dass sie angesichts der desolaten finanziellen Situation des Unternehmens den Klassenkampf einzustellen haben, um einen Bankrott zu verhindern. Die Bourgeoisie die in doppelter Buchhaltungen und anderen Manipulationsmethoden geschult ist, wird ihr Ziel erreichen und die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle wird zu einem Werkzeug der Reaktion und Ausbeutung werden. Alles in allem sind die trotzkistischen Konzepte eines „Übergangs“kapitalismus regelrechte Utopien, die den Proletariern schaden, indem sie sie vom wirklichen revolutionären Kampf für ihre Klasseninteressen ablenken.*

Wir müssen nicht noch einmal hervorheben, dass „Übergangsforderungen“ wie die nach Arbeiterkontrolle und Verstaatlichungen nicht einmal dazu dienen, die Lebensbedingungen der Unterdrückten zu verbessern. Derartige kleine Geschenke des Staates dienen lediglich dazu die autonome Aktion der Arbeiter zu unterminieren und in das System der Ausbeutung zu integrieren. Sollte es im Falle einer Doppelherrschaft zu sog. „Arbeiterkontrolle“ in den Betrieben kommen, müssen wir die Arbeiter auf die Instabilität und begrenzte Lebensdauer einer solchen Situation des Kräftegleichgewichts hinweisen und erklären, dass derartige Arrangements entweder unweigerlich auf eine Wiederherstellung der ganzen Macht des Kapitals oder auf die Durchsetzung der ganzen Macht der Arbeiterversammlungen hinauslaufen. Die Unterstützung der Forderung nach Arbeiterkontrolle ist schlichtweg eine Idealisierung einer instabilen und unhaltbaren Situation die die proletarischen Massen unweigerlich in die Irre führen wird.

### **Die ukrainische Krise und unsere Aufgaben**

*Zunächst müssen wir feststellen, dass die bürgerliche Ukraine eine ökonomische, soziale und politische Krise durchläuft: Die Besetzung der Maschinenbaufabrik von Cherson, der Gegenstoß gegen die Gaskonzerne die die Gaszufuhr nach Ivanow-Frankovsk kappen wollten, und der Aufstand in Mekeeva der durch die Berkut (Eliteeinheit der ukrainischen Polizei) niedergeschlagen wurde. So sieht die Lage bis jetzt aus. Es gibt eine dreifache Krise in der Ukraine während die globale Krise gerade erst am Anfang steht.*

1. *eine ökonomische Krise, dutzende Fabrik-schließungen, eine hohe Staatsverschuldung und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.*
2. *Eine soziale Krise, Massenarbeitslosigkeit, wachsende Massenarmut und ein Anschwellen der Proteste*
3. *Eine politische Krise des ukrainischen Staates der sich um Prozess des fortwährenden Zusammenbruchs befindet. Die führenden Machteliten können sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen, die Armee ist paralysiert.*

*(M. Magid: Die Ukraine zwei Schritte vor einer sozialen Erhebung ... oder einem Zusammenbruch)*

Wir können noch nicht sagen wie diese Krise enden wird. Werden die ukrainischen Eliten die Situation stabilisieren können? Wird die Ukraine im Feuer imperialistischer Kriege zwischen bürgerlichen Cliques verbrennen? Oder wird eine soziale Revolte ausbrechen, sich ausbreiten und zu einer sozialen Revolution werden? Wir können es nicht sagen. Eines ist jedoch klar: Soll die Revolution siegreich sein, darf die Arbeiterklasse nicht einer bürgerlichen Clique, nicht einer Machtgruppe, nicht einer offiziellen Gewerkschaft, nicht einer Partei, keinem Staat und keinem Kapitalisten trauen. Sie dürfen sich nicht in ein Werkzeug irgendeiner bürgerlichen Fraktion verwandeln lassen. Sie müssen ihre eigene Klassenunabhängigkeit bewahren. Sie müssen für ihre eigne Befreiung kämpfen. Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Vorkämpfer der sozialen Revolution ist es, dieses Bewusstsein zu vermitteln.

### **Was hätte getan werden sollen**

Uns wurde vorgeworfen, dass wir kein positives Programm hätten und den Arbeitern nichts anzubieten hätten. Dem müssen wir entgegenhalten, dass dem nicht so ist und das wir etwas außen vor waren, weil unsere Gruppe keinen direkten Kontakt zu den Arbeitern von Cherson hatte. Wenn wir die Chance gehabt hätten am Kampf teilzunehmen hätten wir folgendes vorgeschlagen:

- Übernahme der Fabrik unter der Autorität einer Arbeiterversammlung.
- Rückführen der ausgelagerten Gerätschaften (hier müssen wir anmerken, dass in der Fabrik 1500 Arbeiter beschäftigt sind. Zusammen mit ihren Familien und Freunden war das eine bedeutende Kraft, die angesichts der dreifachen Krise in der Ukraine gute Chancen hatte ihre Forderungen gegenüber den Behörden durchzusetzen)
- Die Forderung nach sofortiger Auszahlung der ausstehenden Löhne
- Agitation für Betriebsbesetzungen durch Arbeiterkollektive in anderen Städten und anderen Unternehmen in Cherson und der Ukraine
- Versuch der Schaffung eines Arbeiterrates in Cherson

Wir denken dass es notwendig ist Arbeiter vom feindlichen Charakter des Staates zu überzeugen und dass es deshalb notwendig ist, dass sie gemeinsam mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Menschen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen, Verbindungen untereinander aufbauen und Wege entwickeln Produktion und Verteilung ohne Staat und Kapitalisten zu organisieren. Uns ist völlig klar, dass ein „Sozialismus in einer Fabrik“ unmöglich ist und isoliert notwendigerweise zum Scheitern verurteilt ist. Gleichwohl kann der proletarische Kampf nur nach einer Serie von Rückschlägen erfolgreich sein. Selbst nach ihrer Niederlage haben

die Arbeiter von Cherson eine unschätzbare Erfahrung gemacht. Es ist nicht nur ihre Erfahrung. Das gesamte ukrainische und weltweite Proletariat muss sich diese Erfahrung zu Eigen machen.

1919 dachten viele Verteidiger der Bayrischen Räterepublik, dass ihr Sieg vollkommen sei und dass es möglich sei in allen Aspekten des sozialen Lebens kommunistische Beziehungen zu entwickeln. Der kommunistische Revolutionär Eugen Levine` war nicht dieser Meinung. Er verstand dass die isolierte Räterepublik zum Scheitern verurteilt war und dass es angesichts der tödlichen feindlichen Kräfte zwecklos war kommunistische Veränderungen in Kultur und Erziehung zu verwirklichen. Dennoch hatte er die Notwendigkeit verstanden, den Kampf bis zum äußersten zu führen, um dem Gegner ein Maximum an Schaden zuzufügen und durch eine glorreiche Niederlage das deutsche und internationale Proletariat zu weiteren Kämpfen zu inspirieren. Im aufrechten Kampf erlittene Rückschläge geben dem Proletariat weitaus wertvollere Klassenlektionen an die Hand, als eine durch Kompromisse herbeigeführte Niederlage. Dasselbe trifft auch auf Streikbewegungen zu. Wenn ein Streik gebrochen wird weil die Arbeiter sich hinter das Licht haben führen lassen, wird vollkommene Demoralisierung das Ergebnis sein. Wenn ein Streik nach aufrechten Kampf aufgrund mangelnder Kräfte niedergeschlagen wird, kann man daraus eine wichtige Lehre ziehen, dass mit ausreichender Kraft, der Kraft der gesamten Belegschaft, der ganzen Stadt oder des ganzen Landes eine Möglichkeit gibt zu siegen. Gegenwärtig spielt sich der proletarische Klassenkampf auf zwei schwachen sich gegenseitig bedingenden Ebenen ab. Auf der einen Seite die spontanen „wilden“ proletarischen Proteste in denen die protestierenden Arbeiter nur ein unklares Verständnis davon haben, wie und wofür der Kampf geführt werden muss, auf der anderen Seite eine Anzahl kleiner revolutionärer Gruppen, die kaum in den Massen verankert sind. Angesichts der derzeitigen relativen Isolation dieser beiden Dimensionen des proletarischen Kampfes gibt es keine reale Perspektive einer erfolgreichen sozialen Revolution. Erst wenn die Arbeiterklasse die Unmöglichkeit erkennt ihrem Elend im Rahmen des kapitalistischen Systems ein Ende zu setzen, die Notwendigkeit einer sozialen Revolution erfasst hat, erst und nur dann wird sich diese Revolution aus den Ideen kleiner Gruppen zu einer wirklichen Praxis des Proletariats entwickeln. Erst wenn sich der Kampf unter der Kontrolle der Massen entwickelt, und sich die fortschrittlichsten Elemente in einer revolutionären Organisation vereinen die es versteht, den Kampf für konkrete Forderungen mit dem Kampf für die soziale Revolution zu verbinden – erst dann wird die letzte Stunde des Kapitalismus geschlagen haben.

### **Das Kollektiv der ASR**

(1) Aus dem Ukrainischen «Майдан Незалежності» (Maidan Nezalezhnosti), Platz der Unabhängigkeit, der zentrale Platz in Kiew wo die

Massenproteste während der sog. „orangenen Revolution“ im Winter 2004-2005).

(2) Ukrainisches Informationsbüro

(3) – Wir unterscheiden zwischen den revolutionären Ideen von Marx und der reformistischen Idee des

Marxismus ( die Sozialdemokratie und ihre Nachfolger, Troztkisten etc)

(Fortsetzung von Seite 24)

Was die soziale Protestbewegung der letzten Tage angeht, bin ich sehr glücklich nach so vielen Jahren wieder einem wirklichen sozialen Aufstand beiwohnen zu können. Kurz nach dem Mord am jungen Alexandros wurden innerhalb weniger Stunden über SMS Demonstrationen in ganz Griechenland organisiert, an denen sich Alte und Junge, Studenten und Arbeiter, Eltern mit ihren Kindern, Griechen und Nicht-Griechen, Lehrer und Schüler, Soldaten und Zivilisten usw. beteiligten. Innerhalb weniger Stunden waren die Schranken die die Arbeiterklasse spalten verschwunden. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei waren zu diesem Zeitpunkt notwendigerweise gewalttätig ( ich meine hier die Auseinandersetzungen am Samstag, Sonntag und Montag Nachmittag) um die Demos durchzusetzen – das Minimum an Gewalt also welches notwendig ist, um ein besonderes Anliegen zu erreichen. Kurz nach dem Mord appellierten die Demonstranten an die Bevölkerung, sich anzuschließen und in einem Akt der Solidarität, der Selbstachtung, der Wut und des Widerstandes gegen die verfahrenere soziale Lage (die die beiden Parteien der Herrschenden zu verantworten haben) zu vereinen. Einige Demonstranten besetzten TV – und Radiostationen, um ihre Aufrufe bekannt zu machen. Am Tag nach den Schüssen gingen alle Schüler in schwarz gekleidet zur Schule. Innerhalb von nur zwei Tagen war eine Bewegung entstanden. Um die Bewegung ins Leere laufen zu lassen, zog die herrschende Klasse am Montagabend in jeder Stadt ihre Polizeikräfte von den Strassen zurück. Sie setzten darauf, dass die gewohnten Aktionen (die sinnlose Gewalt) der üblichen zweihundert „Anarchisten“ unter den Demonstranten und der Bevölkerung Angst erzeugen

würde. Angst um die kleinen Ladengeschäfte und Autos, Angst um die Kinder die an den Demonstrationen teilnahmen usw. Kurz gesagt setzten die Herrschenden darauf, dass es zu Meinungsunterschieden, Streit und Spaltungen über das Ausmaß der Gewalt kommen würde. Glücklicherweise ging die Bewegung weiter. Die Besetzung von Schulen und Universitäten verlieh ihr einen sozialen Charakter und Kohärenz. Dummerweise kamen dann die Weihnachtstage und niemand weiß wie es weitergeht wenn Schulen und Unis wieder öffnen. Ihr solltet die Erklärungen und Statements der griechischen Anarchisten mit äußerster Vorsicht lesen. Viele von ihnen geben sich in Worten nur als Revolutionäre aus, um ihre unüberlegten gewalttätigen Aktionen zu rechtfertigen. Wie geht es jetzt weiter? Das hängt (wie immer) von der Bewegung selber ab, – der Fähigkeit der Aktivisten weiterzudenken, über das bisher Erreichte zu reflektieren und klar zu bekommen, was man weiter erreichen will und welche Formen des Kampfes dazu gangbar und notwendig sind. Erfreulicherweise wird bisher weiter damit fortgefahren Aufrufe an andere Teile der Arbeiterklasse zu richten, sich der Bewegung anzuschließen und ihre Belange einzubringen. Es hängt also (wie immer) von der Bereitschaft großer Teile der Arbeiterklasse ab, den Kampf an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Stadtteilen zu verankern und weiterzuführen. Ohne eine solche Ausweitung und Dynamisierung wird die Bewegung in Sterilität verfallen und als eine Schüler- und Studentenbewegung von vielen absterben. Das ist alles keine Theorie. Wir haben das alles schon viele Male vorher gesehen.

Mit solidarischen Grüßen

Syros

## ***Sozialismus***

### ***oder Barbarei***

**Politische Plattform der  
Gruppe Internationaler SozialistInnen**



## Politisches Selbstverständnis der Gruppe Internationaler SozialistInnen

*„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei! Wir stehen vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist das Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats.“*

Rosa Luxemburg 1915

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts haben diese Worte Rosa Luxemburgs nicht an Aktualität verloren. Nach wie vor ist der Kapitalismus unfähig der übergroßen Mehrheit der Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Während Banken und Konzerne Rekordgewinne einfahren, werden immer mehr Leute auf die Straße gesetzt und die Angriffe auf die Lohnabhängigen zum Wohle des nationalen Wirtschaftsstandortes forciert. Während Wissenschaft und Technik sich stetig entwickeln, sterben tagtäglich Tausende an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten, werden die ökologischen Ressourcen dieses Planeten immer weiter vernichtet, werden die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Gift des Nationalismus in immer wahnwitzigere Kriege gehetzt, in denen sie nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren haben. Während uns die Apologeten dieses Systems das hohe Lied der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorkrächzen, wird der Überwachungsstaat immer weiter perfektioniert, das rassistische Projekt der Festung Europa vorangetrieben. Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen werden abgeschoben, rassistische Ideen und faschistische Parteien gewinnen an Akzeptanz. Angesichts des alltäglichen Wahnsinns des Kapitalismus ist die Entwicklung von Widerstand und „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor den vorhandenen Mächten“ (Karl Marx) heute notwendiger denn je.

Zugegeben, die Bilanz des letzten Jahrhunderts ist für denjenigen Teil der Linken der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, nicht gerade positiv. Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes hat die revolutionäre Linke wenig Erfolge aber viele Niederlagen zu verzeichnen und ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. An der stalinistischen Degeneration der Oktoberrevolution, der Niederlage der revolutionären Bewegung der 20er Jahre und der fast vollständigen Vernichtung einer ganzen Generation revolutionärer KommunistInnen durch den Stalinismus krankt sie noch heute.

Gleichzeitig ist es dem Stalinismus und der Sozialdemokratie im letzten Jahrhundert vortrefflich gelungen die Idee des Sozialismus als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus westlicher wie östlicher Prägung grundlegend zu diskreditieren. Um diese Bilanz in der Zukunft umzudrehen gilt es, anknüpfend an den Erfahrungen und theoretischen Errungenschaften des Bundes der Kommunisten, der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und den antistalinistischen revolutionären Strömungen der 20er und 30er Jahre die Ideen des revolutionären Marxismus in den sozialen Bewegungen und Kämpfen wiederzubeleben. Die Gruppe Internationaler SozialistInnen will hierzu einen Beitrag leisten.

Programmatischer Ausgangspunkt unserer Aktivität ist die Feststellung dass,

- **„auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen ist“** (Rosa Luxemburg), der Kapitalismus folglich weder abgewählt noch menschenwürdig verwaltet werden kann;
- der Kapitalismus als weltumfassendes System nur international bekämpft und überwunden werden kann;
- es im Zeitalter des imperialistischen Krieges keine richtige Seite geben kann und es weder Vaterländer noch Staaten sondern einzig die Klasseninteressen des internationalen Proletariats zu verteidigen gilt;
- jedes Zugeständnis an den Nationalismus zum Schluß mit der eigenen Herrschenden Klasse führt und konsequenter Internationalismus kein moralisches Gebot sondern eine grundlegende Ausgangsbedingung emanzipatorischer Politik ist;
- Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie der Spaltung der Lohnabhängigen dienen und von revolutionären MarxistInnen entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden müssen;
- der Aufbau einer integrierten revolutionären Bewegung eine bewusste Minderheitenpolitik mit den unterdrücktesten Sektoren der Klasse voraussetzt;
- die sog. „realsozialistischen Länder in keinster Weise „antikapitalistisch“, „progressiv“ oder „fortschrittlich“ waren, sondern besonders brutale Formen des Staatskapitalismus darstellten;
- der Sozialismus in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit ist und von daher die bewusste Überwindung aller Fetische der bürgerlichen Gesellschaft namentlich des Staates, der Familie, der Ware, des Geldes, des Marktes, des Tausches und der Lohnarbeit im Weltmaßstab voraussetzt;
- die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückte niemals durch auch noch so wohlmeinende Minoritäten und Eliten, sondern nur durch die Selbstorganisation und Selbstemanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht werden kann.
- sich revolutionäre Politik daran messen lassen muss, jeden noch so kleinen Schritt in diese Richtung zu unterstützen.

Gruppe Internationaler SozialistInnen

## Griechenland: Brief eines anarchistischen Genossen

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Brief eines griechischen Anarchokommunisten, mit dem wir schon länger in Kontakt stehen. Auch wenn diese Korrespondenz einen eher informellen Charakter hatte, enthält sie wichtige Informationen und politische Fragestellungen. Wir fragten den Genossen deshalb um sein Einverständnis den Brief veröffentlichen zu dürfen. Er stimmte zu und bat uns um einige Klarstellungen. Erstens vertritt er ausdrücklich keine pazifistischen Positionen und hat nichts gegen zweifellos notwendige Widerstandshandlungen der Bewegung (militante Verteidigung von Demos gegen die Bullen, Besetzung von Radiostationen usw.) Was er kritisiert ist die unüberlegte Gewalt von ca. 200 bis 300 Personen die sich als Anarchisten ausgeben in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember 2008. Er erhebt den Vorwurf, dass diese Aktionen die Möglichkeiten einer politischen Verallgemeinerung der Bewegung erheblich schwächten. Das ist ein Kritikpunkt den wir weitgehend teilen. Der zweite Punkt den er klarstellen möchte ist, dass sich seine Kritik nicht auf die gesamte anarchistische Bewegung in Griechenland bezieht. Deswegen betont er in seinem Brief auch die Notwendigkeit, die Verlautbarungen der griechischen Anarchisten mit Sorgfalt zu lesen, um die ernsthaften Revolutionäre von den Protagonisten einer sinnlosen Gewalt unterscheiden zu können. Wir möchten betonen, dass wir auch Differenzen mit dem Genossen haben, der anscheinend davon ausgeht, dass sich revolutionäres Bewusstsein spontan aus den Kämpfen heraus entwickelt. Sicherlich kann und wird sich in Kämpfen ein aufständisches Klassenbewusstsein entwickeln. Unter kapitalistischen Bedingungen werden sich jedoch auf kurz oder lang immer wieder die Ideologien der Herrschenden durchsetzen, wenn wir dem nicht ein revolutionäres Programm entgegensetzen. Die Aufgabe einer kommunistischen Organisation besteht nicht darin stellvertretend für die Klasse zu handeln, sondern unablässig auf den Sturz des Kapitalismus hinzuarbeiten. Kommunisten orientieren in den Kämpfen der Klasse nicht einfach nur auf die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparats sondern auf die bewusste Überwindung der Herrschaftsverhältnisse und Fetische der bürgerlichen Gesellschaft (Lohnarbeit, Warenproduktion, Nationalstaaten, Grenzen, Armeen usw.) Die Propagierung dieser Perspektive erfordert einen organisatorischen Rahmen. Eine andere Gesellschaft wird sich nur in einem langwierigen, notwendigerweise von Widersprüchen behafteten Prozess der politischen Reflektion und Selbstaktivität der Arbeiterklasse erkämpfen lassen. Aus dem Aufstand der griechischen Arbeiter und Jugendlichen kann man viel über die Möglichkeiten aber auch Schwierigkeiten der politischen Bewusstseinsentwicklung lernen. Der Genosse hebt in seinem Brief zu Recht hervor, dass jede sich entwickelnde Bewegung vor der Herausforderung steht, Grenzen zu überschreiten, sich auf andere Teile der Arbeiterklasse auszuweiten und politisch zu verallgemeinern. Gelingt dieses nicht, ist das Scheitern vorprogrammiert.

Liebe Genossen,

Ich muss bis Montag nicht arbeiten und bin so in der Lage Euch ein paar Dinge über die Mehrheit der Anarchisten in Griechenland zu schreiben. Diese Mehrheit vertritt einen sehr vagen Anarchismus. Für diese Leute sind die tief greifenden Differenzen zwischen Poudhon, Bakunin, Malatesta, Cafiero, Kropotkin; Camillo Berneri, Bookchin usw. bestenfalls Detailfragen. Warum? Weil sie nach der Lektüre von ein paar anarchistischen Broschüren der Meinung sind nicht weiter lesen zu müssen, geschweige denn sich mit dem Denken der oben genannten Theoretiker eingehender zu beschäftigen. Vielmehr halten sie sich nach dem Lesen von ein paar Broschüren für die Allwissenden. Und wer sind die Unwissenden? Außer diesen ca. zweihundert Menschen die ganze griechische Bevölkerung. Diese „Anarchisten“ denken, dass wir keine Theorie brauchen, sondern gewalttätige Aktionen um die sozialen Bewegungen zu radikalisieren. Für sie ist die einzige wichtige Aktivität die militante Aktion – die einzig wahre Aktion. Womit wir es zu tun haben sind in Wirklichkeit äußerst ungebildete

„Anarchisten“, die nicht vor ihren Aktionen nachdenken, nicht nach ihren Aktionen nachdenken und vor allen Dingen nicht über die Auswirkungen ihrer Aktionen nachdenken. Sie sind Vertreter eines „Anarchismus“ der so noch nie existiert hat. Sie haben nichts mit den individualistischen, syndikalistischen oder kommunistischen Spielarten des Anarchismus gemein. Sie glauben, dass die einzige Lösung für alle Probleme die „Gewalt“ ist und sie sind ausgesprochen elitär, da sie sich für die einzig Wissenden halten, während alle anderen Unwissende sind. In Anbetracht der unüberlegten Aktionen dieser „Anarchisten“ braucht der griechische Staat gar keine Provokateure. Ihre Teilnahme an Demonstrationen führt jedes Mal zur Auseinandersetzung mit der Polizei und dem Zerstreuen der Demonstranten. Sie kümmern sich nicht im Geringsten um das Anliegen und die Zielsetzungen der Demonstrationen. Was ich sage mag vielleicht etwas seltsam in Euren Ohren klingen, aber es ist die Wahrheit. Dennoch sind es nur 10% der Geschichte. Wenn ich Euch die ganze Geschichte erzählen würde ...  
(Fortsetzung auf Seite 23)